

**Gesamtresolution von
„Jugend im Parlament 2019“**

1 **Resolution des Ausschusses für Umwelt und Energie**

2

3 Sehr geehrte Frau Präsidentin,

4 sehr geehrtes Präsidium,

5 sehr geehrte Abgeordnete,

6

7 In der Woche vom 16. September bis zum 20. September 2019 haben wir zusammen mit
8 dem Ausschuss für Umwelt und Energie das übergreifende Thema „Klimaschutz in
9 Hamburg“ ausgearbeitet. Dabei haben wir uns auf mehrere Unterthemen konzentriert, wie
10 zum Beispiel Wirtschaft, Konsum, Tourismus, Mobilität, ehrenamtliche Projekte und die
11 nachhaltige Bebauung in ganz Hamburg. Was genau wir in den Gruppen erarbeitet haben,
12 möchten wir in dieser Resolution näher an Sie herantragen. Wir werden dabei erst konkret
13 auf die Probleme in Hamburg eingehen, die uns aufgefallen sind und uns auch direkt
14 betreffen, bevor wir im Anschluss darauf Lösungsvorschläge für eben diese Probleme
15 anbieten.

16 Die Finanzierbarkeit der folgenden Forderungen ist zu prüfen und die Förderungen sind
17 entsprechend anzupassen. Dabei ist auch auf Kosten zu achten, die entstehen, wenn die
18 von uns geforderten Maßnahmen nicht getroffen werden, gerade in Bezug auf Gesundheit,
19 Soziales, Umweltschutz und Klimawandel. Darüber hinaus können unsere Quellen den
20 Fußnoten entnommen werden.

21

22 **Wirtschaft, Konsum und Tourismus**

23 Wir beginnen mit dem Thema „Wirtschaft, Konsum und Tourismus“. Die grundlegende Frage
24 dieses Themas ist: „Wie kann die Stadt Hamburg Handel, Wirtschaft und
25 Tourismusmagneten umweltfreundlicher gestalten?“. Viele Großveranstaltungen, die
26 traditionell in Hamburg stattfinden, stellen in Anbetracht des Klimawandels eine
27 unangemessene Umweltbelastung dar. Unter die Bezeichnung „Großveranstaltung“ fallen
28 nicht nur die kürzlich stattgefundenen „Cruise Days“, sondern beispielsweise auch der
29 Hafengeburtstag und der Hamburger Dom.

30 Grundsätzlich kann man sagen, dass der Hamburger Hafen ein großer Wirtschaftsträger und
31 ein großer Touristenmagnet für die Stadt ist. Zwar hat der Hamburger Hafen große positive
32 Aspekte zu bieten, wie zum Beispiel, dass er als Hamburgs größte Sehenswürdigkeit jährlich
33 rund 6 Millionen Touristen anzieht. Auch ist mit der 2016 eröffneten Landstromanlage, die
34 jedoch kaum genutzt wird, schon ein Schritt in die richtige Richtung getan. Diese Aspekte
35 sind selbstverständlich zu berücksichtigen. Allerdings muss man auch die negativen Seiten
36 beleuchten. Darunter zählt auch die enorme Feinstaubbelastung, die durch die jährlich
37 anlegenden 8.700 Schiffe im Hafen erzeugt wird. Durch genau diese große Menge an
38 Schiffen entsteht eine sehr hohe Umweltbelastung.^{1 2}

¹ (hafen-hamburg.de)

² (<https://www.hamburg-tourism.de/das-ist-hamburg/nachhaltigkeit-erleben/>)

39 Ein stetig wachsender Bestandteil des Hafens ist zudem der Kreuzfahrttourismus. Etwa
40 600.000 Passagiere und 160 Kreuzschiffsankünfte machen Hamburg zu einem wichtigen
41 Reiseziel und Startpunkt für Kreuzfahrer. Der NDR maß an den Landungsbrücken 149
42 Mikrogramm an Feinstaub pro Kubikmeter, was den normalen Wert, der bei 40 Mikrogramm
43 pro Kubikmeter liegt, fast um das Vierfache überschreitet.³

44 Ein weiteres Problem, welches durch den Hamburger Hafen oder vielmehr die Schiffe dort
45 hervorgerufen wird, ist, dass Schiffe ihre Motoren im Hafen laufen lassen, um selber Strom
46 zu erzeugen. Dies führt zu einer zusätzlichen Feinstaubbelastung im Hafen. Im Gegensatz
47 zu dem Landstrom, der auch bei uns in Hamburg in angemessener Menge geboten wird, ist
48 der selbst generierte Strom deutlich preisgünstiger für die Schiffe. Außerdem ist dieser pro
49 Schiff nur zweieinhalb Stunden verfügbar, was einen zusätzlichen Umstand für die Schiffe
50 darstellt.

51 Deshalb ist unser Lösungsvorschlag, den Landstrom deutlich zu vergünstigen. Um die
52 Maßnahme noch effektiver zu gestalten, sollten die anlegenden Schiffe zur Nutzung des
53 Landstroms verpflichtet werden. Das würde die Luftverschmutzung in den Häfen laut
54 aktuellen Angaben um 99 Prozent verringern. Laut NABU ist ein durchschnittlich akzeptabler
55 Wert 2.500 Partikel pro Kubikmeter Luft. Allerdings beträgt der Wert von Abgasfahnen von
56 Schiffen 250.000 bis 400.000 Partikel pro Kubikmeter. Darüber hinaus ergeben die
57 durchschnittlichen Messungen beim Hamburger Hafengeburtstag eine Dichte von 230.000
58 Feinstaubpartikeln pro Kubikmeter.⁴

59 Diese Luftverschmutzung tritt außerdem auch durch Feuerwerke beim Hafengeburtstagen
60 oder dem Dom in Hamburg auf, wenn auch nicht in einer vergleichbaren Feinstaub- oder
61 Schwefeloxiddichte. Das Umweltbundesamt berichtet, dass die Luftverschmutzung nach
62 Silvester einen Wert von 15 Prozent der gesamten jährlichen Autofahrten in Hamburg ergibt.
63 Durch solche Statistiken ist leicht zu erkennen, wieso Luftverschmutzung durch
64 verschiedene Abgase eine Bedrohung für unsere Gesundheit darstellen kann. Um die
65 Unterhaltung beim Hamburger Dom oder Hafengeburtstag weiterhin bieten zu können,
66 schlagen wir vor, diese Feuerwerke durch andere Unterhaltungsshow zu ersetzen,
67 beispielsweise Lichtshows oder Wasserspiele, wie sie bereits im Sommer im Planten un
68 Blumen oder bei anderen Veranstaltungen stattfinden.⁵

69 Ein weiteres Problem, was bei diesen Großveranstaltungen beobachtet werden kann, ist die
70 übermäßige Verwendung von Plastikgeschirr. Eine angemessene Lösung hierfür wäre,
71 Geschirr und Besteck aus nachwachsenden und biologisch abbaubaren Rohstoffen wie
72 Weizen, Hirse oder Reis anzubieten. Diese Alternativen sind allerdings nur unter der
73 Bedingung nachhaltiger, wenn sie nicht wie Bambusgeschirr mit Kunststoffen versiegelt
74 werden, um die längere Haltbarkeit zu garantieren. Eine ergänzende Möglichkeit dazu wäre
75 die Ausgabe von Geschirr und Besteck, die mit Pfand versehen sind und am Ende einer
76 Veranstaltung an den Anbieter zurückgegeben werden können. Durch diese Maßnahmen
77 werden zum einen die Müllentsorgungskosten für die Veranstalter geringer und zusätzlich
78 hat Hamburg dadurch auf langfristige Sicht mit weniger Müll zu kämpfen, denn:

³ https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/45_min/Die-groesste-Luft-Messaktion-im-Norden,luft132.html

⁴ https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/45_min/Die-groesste-Luft-Messaktion-im-Norden,luft132.html

⁵ <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/jahreswechsel-wenn-die-luft-schneiden-ist>

79 Pfandversehenes Geschirr kann wiederverwendet werden und stellt, insofern es tatsächlich
80 langfristig und sinngemäß benutzt wird, keine Verschmutzung dar. Auf der anderen Seite ist
81 das nachhaltige Einweggeschirr biologisch abbaubar, was wiederum nicht für dieselbe
82 Zeitspanne die Müllhalden in Anspruch nimmt wie Plastikgeschirr.

83

84 **Mobilität**

85 **E-Autos**

86 Besonders E-Autos werden von vielen als emissionsfreies Verkehrsmittel gesehen und eben
87 damit von Verkäufern beworben. Allerdings sind die tatsächlichen Emissionen ungefähr auf
88 gleicher Höhe wie Benzin und Diesel-PKW. Zwar gibt es keine direkten Emissionen der E-
89 Autos, jedoch entstehen Emissionen bei der Herstellung der Batterien. Erschwerte
90 Arbeitsbedingungen, die Nutzung seltener Ressourcen und die anschließende komplizierte
91 Batterieentsorgung machen das Elektroauto in vielerlei Hinsicht zu einem langfristig nicht
92 nachhaltigen, geschweige denn moralisch vertretbaren Alternative.

93 Zusätzlich muss man sich fragen, woher der Strom der Aufladestationen bezogen wird und
94 inwiefern er ökologisch ist, denn die meisten Aufladestationen, die momentan zur Verfügung
95 stehen, bilden keine 100-prozentige nachhaltige Alternative. Zudem haben wir schon jetzt
96 nicht genügend erneuerbaren Strom um in der Zukunft die E-Autos aufzuladen.

97 Wie bereits erklärt sind Staus ein großes Problem für Hamburger. Die Einführung und
98 Förderung von mehr E-Autos würde nicht dazu beitragen, dass die Staus oder die
99 Fahrzeuge weniger werden. Allerhöchstens können E-Autos, zumindest mit ihrem jetzigen
100 technischen Fortschritt, als Symbol gelten und den Schein erzeugen, dass sie nachhaltig
101 sind. Tatsächlich produzieren sie aber genau so viel, wenn nicht sogar mehr, Abgase wie ein
102 herkömmlicher Diesel- oder Benzin-PKW auch.

103 Genau aus diesen problematischen Gründen sollten wir uns vorerst mit der Erforschung der
104 Wasserstoffautos auseinandersetzen und diese weiter fördern, insofern sie tatsächlich eine
105 nachhaltigere und langfristige Alternative bieten. Bis zu dem Zeitpunkt, zu dem
106 nachhaltiger Verkehr in unmittelbarer Nähe liegt, sollten wir unser Ziel darauf setzen den
107 Verkehr und vor allem den ÖPNV weiter auszubauen.⁶

108

109 **ÖPNV**

110 Die Bahn ist aufgrund hoher Preise für viele Menschen unattraktiv und keine Alternative zum
111 Auto. Daraus resultieren unter anderem diese Folgen:

- 112 • Der Stau auf den Straßen wird immer extremer, was zu großen Einschränkungen der
113 arbeitenden Bevölkerung führt.
- 114 • Eine weitere schlimme Folge ist der entstehende CO₂- und Feinstaubausstoß, der
115 nicht nur uns auf gesundheitlicher Ebene beeinträchtigt, sondern auch unserer
116 Umwelt schadet.

⁶ <https://www.quarks.de/technik/mobilitaet/e-autos-emissionen/>

117 • Die bisher schlimmste Folge ist, dass die Einkommensschwächeren unserer
118 Gesellschaft in ihrer Mobilität eingeschränkt werden, weil sie sich die teuren
119 Bahnkarten nicht leisten können. Dadurch fühlen sie sich von der Politik abgehängt.

120 Unserer Meinung nach ist die Pflicht einer Gesellschaft, sich um die schwächsten Mitglieder
121 der Gesellschaft zu kümmern. Mit unserem Vorschlag würden wir ihnen nicht nur helfen,
122 sondern wir würden ihr Leben auch einfacher machen, sie finanziell entlasten und sie nicht
123 mehr in ihrer Mobilität einschränken.

124 Wir schlagen daher zwei Lösungsansätze vor, um die Tickets günstiger anzubieten.

125 Zum einen eine jährliche Preissenkung von 8 % auf alle ÖPNV-Tickets, die in den Jahren
126 2021 bis 2031 durchgeführt werden soll.

127 Der zweite Lösungsansatz ist das 365 Euro Ticket für Hamburg, welches für jeden
128 erschwinglich ist, um den öffentlichen Nahverkehr attraktiver zu gestalten. Dabei kann für
129 einen Euro pro Tag ein Jahr lang in der Stadt beliebig oft Bus und Bahn gefahren werden.
130 Was in Wien bereits mit dem 365 Euro Ticket Realität ist, stößt auch in Hamburg auf große
131 Resonanz. Nach dem Wiener Modell gilt das vergünstigte Jahresticket in allen öffentlichen
132 Verkehrsmitteln.

133 Das Wiener Modell zeigt, dass aufgrund der politisch gewollten Maßnahme mehr Menschen
134 in Wien ein Jahresticket für den öffentlichen Nahverkehr besitzen als ein Auto . Die
135 öffentlichen Verkehrsmittel haben das Auto überholt: 39 % der Wege werden mit Bus oder
136 Bahn zurückgelegt, mit dem Auto sind es lediglich 27 %. Dies ist auf zusätzliche
137 Entscheidungen zurückzuführen, die das Autofahren weniger attraktiv gestalten. Vor allem
138 die Parkplatzsuche ist problematisch, da in den Innenstadtbezirken flächendeckend nur noch
139 teure Kurzparkzonen den Autofahrern zur Verfügung stehen. Des Weiteren ist die
140 Kundenzufriedenheit beim ÖPNV überwiegend groß.^{7 8}

141 Die österreichische Hauptstadt gilt somit als gutes Vorzeigemodell für die Verkehrspolitik, an
142 der sich auch die Hansestadt Hamburg orientieren kann.

143

144 Um eine gute ÖPNV-Anbindung zu gewährleisten, sind massive Investitionen in den Ausbau
145 der Infrastruktur und die Erweiterung der Liniennetze erforderlich, um die in der Peripherie
146 wohnende Bevölkerung anzuschließen.

147 Damit mehr Menschen ihre Wege mit dem öffentlichen Nahverkehr zurücklegen, muss das
148 Angebot und der Fahrplan optimiert werden. Es braucht längere Züge, neue Linien sowie
149 eine kürzere Taktung, was zur Entlastung der Züge beiträgt. Dies erhöht die Attraktivität des
150 ÖPNV im Vergleich zum Autofahren.

151 Was die Finanzierung betrifft, so wird aufgrund der Vergünstigung die Anzahl der
152 Jahreskartenbesitzer steigen, die zusätzliche Einnahmen generieren. Auch die Anhebung
153 von Parkgebühren kann in Erwägung gezogen werden.

⁷ <https://www.tagesspiegel.de/politik/oeffentlicher-nahverkehr-jahresticket-365-euro-deutsche-staedte-moegen-wiener-modell/22751878.html>

⁸ <https://www.sueddeutsche.de/auto/sz-serie-nahverkehr-weltweit-die-wiener-oeffis-kosten-nur-einen-euro-am-tag-1.3854634>

154 Zusammenfassend lässt sich sagen, dass ein vergünstigtes Ticket eine verkehrspolitische
155 Signalwirkung hinsichtlich des Klimaschutzes entfaltet, sodass ein Beitrag zu Verbesserung
156 der Luftqualität in Städten und zur Entlastung der Straßen geleistet wird. Außerdem würden
157 wir mit diesen Verkehrsvorschlägen die Bahn (von Jahr zu Jahr) attraktiver und
158 preisgünstiger für alle machen. Daraus würde resultieren, dass die Straßen entlastet werden,
159 da weniger Bürger mit dem Auto fahren würden durch die vermehrte Nutzung des ÖPNV.

160

161 **Fahrräder**

162 Eine weitere Problematik, die sich an das Thema Mobilität anknüpfen lässt, ist die
163 Fahrradnutzung im Straßenverkehr.

164 Im Straßenverkehr kommt es häufig zu Konflikten zwischen Fahrrädern, Autos und
165 Fußgängern, was zu gefährlichen Unfällen führen kann. Ein zentraler Grund für solche
166 Situationen ist unser schlecht ausgebautes Fahrradwegsystem. Die Wege sind oft zu
167 schmal, schlecht gekennzeichnet oder gar nicht erst vorhanden. Wir fordern, dass in
168 Hamburg das Fahrradfahren sicherer und attraktiver gestaltet wird. Dabei sind der Ausbau
169 und die Reparatur von Fahrradwegen essenziell.

170 Um das sichere Fahren zu gewährleisten, soll eine physische Barriere, wie zum Beispiel ein
171 Kantstein den Fahrradweg von der Straße und dem Gehweg abgrenzen. So halten die Autos
172 einen größeren Abstand von den Fahrradfahrern und die Radwege werden nicht durch Autos
173 blockiert. Außerdem müssen die Fahrradwege breiter werden, damit Fahrradfahrer Platz
174 zum Überholen haben und nicht auf den Gehweg ausweichen müssen. So kann es nicht
175 passieren, dass Fahrradfahrer möglicherweise die Fußgänger gefährden. Um den Verkehr
176 der Fahrradfahrer besser koordinieren zu können, müssen an den Kreuzungen
177 Fahrradampeln angebracht werden.

178 Um die Kreuzungen zusätzlich zu sichern, sollen Abbiegespuren zwischen Fahrradwegen
179 und Straßen gebaut werden. So schneiden die Autofahrer beim Abbiegen weder die
180 Radfahrer noch die Fußgänger. Diese Maßnahmen zum Schutz der Verkehrsteilnehmer
181 werden bereits in den Niederlanden und Kopenhagen erfolgreich verwendet.^{9 10}

182 Straßen, die zu schmal sind oder aus anderen Gründen nicht an unsere Forderung
183 angepasst werden können, sollen zu Fahrradstraßen erklärt werden. Das bedeutet, dass die
184 Autos maximal 30 km/h fahren dürfen sowie nur in eine Richtung. Diese Straßen können
185 zudem, abgesehen von den Anliegern, für Autos komplett gesperrt werden. Der wichtigste
186 Punkt ist aber, dass Fahrräder immer Vorfahrt vor den Autos haben. Dies würde das
187 Fahrradfahren erleichtern, weil die Fahrräder durchfahren können, ohne die ganze Zeit für
188 die Autos anhalten zu müssen. Außerdem werden die Straßen nicht durch Autos blockiert
189 und die Unfallgefahr deutlich sinken. Bei den Anwohnern und den Fahrradfahrern würde es
190 für mehr Sicherheit sorgen, weil die Autos vorsichtiger fahren müssten. Diese Vorkehrungen
191 würden das Fahrradfahren in Hamburg sicherer machen. Außerdem würde es zum
192 Umweltschutz beitragen. Darüber hinaus würde die Anzahl der Unfälle deutlich sinken.

⁹ <https://www.ndr.de/ratgeber/verbraucher/Was-macht-Kopenhagen-fuer-Radler-so-attraktiv,fahrrad928.html>

¹⁰ <https://m.merian.de/sites/merian/files/merian/bilder/2015-05/kopenhagen-fahrradweg>

193 Darüber hinaus ist uns aufgefallen, dass zu wenige Menschen Hamburgs Cityräder nutzen.
194 Das liegt daran, dass es zum jetzigen Zeitpunkt für den Nutzer nicht rentabel ist. Ein
195 Jahresabo würde die Attraktivität steigern, weil es kostentechnisch attraktiver ist. Außerdem
196 nutzen mehr Menschen diese Möglichkeit, wenn sie schon dafür bezahlt haben.

197 Dadurch wird nicht nur der Ausstoß von CO2 Emissionen verringert, sondern der öffentliche
198 Nahverkehr stärker entlastet.¹¹

199

200 **Ehrenamtliche Projekte**

201 Auch ehrenamtliche Projekte, die uns noch in Hamburg fehlen, waren ein großes Thema bei
202 unseren Besprechungen in den Gruppen. Dabei sind uns gleich mehrere Probleme
203 aufgefallen.

204

205 **Wiederverwendbare Flaschen**

206 Das erste Problem ist, dass viele Schülerinnen und Schüler jeden Tag ihre Plastikflaschen
207 mit zur Schule nehmen, da sie keine geeignete Alternative kennen. Um diesem Problem
208 entgegenzuwirken, können Schulen zukünftig wiederverwendbare Flaschen zur Verfügung
209 stellen, um so die einmaligen Plastikflaschen zu ersetzen. Um die tatsächliche Nutzung der
210 wiederverwendbaren Flaschen attraktiver zu gestalten, müssen nicht nur in Schulen,
211 sondern auch auf öffentlichen Plätzen Wasserspender aufgestellt werden. Zurzeit gibt es in
212 Hamburg nur neun Wassersäulen, davon vier am Flughafen. Eine neue Wassersäule würde
213 lediglich um die 3.500Euro kosten. Bis 2021 sollen nur zehn weitere Säulen aufgestellt
214 werden, was einfach nicht genug ist. Durch weitere Wasserspender würde eine Menge
215 Plastikmüll eingespart und auch Kosten für den Konsumenten vermieden werden.

216 Quellen:

217

218 <https://www.hamburgwasser.de/privatkunden/themen/trinkwassersaeulen/>
219 (Stand 19.09.2019)

220 <https://www.deutsche-kaufberatung.de/wasserspender/wasserspender-kosten-1284>
221 (Stand 19.09.2019)

222 [https://www.hamburg.de/nachrichten-hamburg/12950866/regierung-will-bis-zu-100-neue-
223 trinkwasserspender-aufstellen/](https://www.hamburg.de/nachrichten-hamburg/12950866/regierung-will-bis-zu-100-neue-trinkwasserspender-aufstellen/)
224 (Stand 19.09.2019)

225 <https://www.aquaalpina.at/blog/plastikmuell-und-kistenschleppen-vermeiden/>

226

227 **Aktionstage und -wochen**

228 Vor allem junge Menschen sind nicht genug aufgeklärt, was das Thema Umweltschutz
229 angeht. Deshalb sollten Schulen Aufklärungsarbeit innerhalb von Projektwochen leisten, in
230 denen Aktionstage in Form von Wettbewerben stattfinden. Beispiele dafür wären Projekte,

¹¹ <https://radentscheid-hamburg.de/>

231 bei denen Bäume gepflanzt werden oder Müll gesammelt wird. Darüber hinaus können
232 interessierte Schülerinnen und Schüler, Abgeordnete oder Vertreter von Organisationen
233 Vorträge halten. Zusätzlich sollten Schulen auf die Projekte von Organisationen aufmerksam
234 machen, sodass Schülerinnen und Schüler auch über die Projekte hinaus aktiv sein können.
235 So gibt es z.B schon das Projekt: „Schule Klima Wandel“ bei dem Schülerinnen und Schüler
236 zu Klimabotschafterinnen und Klimabotschaftern ausgebildet werden und dadurch lernen
237 andere Schüler aufzuklären. Das Projekt sollte noch weiter gefördert werden.

238 Auch ist uns aufgefallen, dass das Thema Umweltschutz durch die “Fridays-for-Future”-
239 Demos zwar greifbarer ist, aber das Bewusstsein für die Auswirkung des eigenen Handelns
240 auf die Umwelt noch nicht genug ausgeprägt ist. Durch Schulen können viele Schülerinnen
241 und Schüler erreicht werden, die besonders vom Klimawandel betroffen sind und etwas tun
242 wollen, aber keine konkreten Möglichkeiten kennen, um ihr Interesse am Klimaschutz in
243 aktives Handeln umzuwandeln. Deswegen muss die Stadt Hamburg Organisationen, die sich
244 für Klimaschutz und Nachhaltigkeit einsetzen, präsenter für die Bürgerinnen und Bürger der
245 Stadt machen.¹²

246

247 **Bebauung**

248 **Bodenversiegelung**

249 "Bodenversiegelung ist die durch Bebauung teilweise bis vollständige Überdeckung des
250 Bodens. Es werden Austauschvorgänge zwischen Erdreich und Atmosphäre unterbunden
251 und die natürlichen Funktionen der Böden beeinträchtigt bis vollständig zerstört. [...] Die
252 Auswertung 2017 der Bodenversiegelung hat gezeigt, dass sich der Trend zur Abnahme der
253 gering versiegelten Flächen und zur entsprechenden Zunahme der Flächen mit hohem
254 Versiegelungsgrad weiter fortsetzt. Die versiegelte Gesamtfläche im Stadtgebiet beträgt
255 aktuell 39 %." (Amt für Naturschutz, Grünplanung und Bodenschutz)¹³

256 Wir fordern das Ausbauen von Grünflächen auf öffentlichen Plätzen, die zurzeit nur aus
257 Pflastersteinen bestehen. Auch fordern wir die Reduzierung der Flächen mit dem höchsten
258 Versiegelungsgrad von 10.

259 Kleine Grünflächen oder Bäume könnten so manchen Platz verschönern und für eine gute
260 Atmosphäre sorgen. Zudem könnte man die örtliche Bevölkerung hinzuziehen und deren
261 Wünsche berücksichtigen.

262 Hinzukommend sollte veranlasst werden, dass neue Parkplätze die gebaut werden, aus
263 Gittersteinen bestehen und innerhalb von 2 km Umkreis eine Ausgleichsfläche erhalten.
264 Dafür können weniger frequent genutzte Parkplätze auch teilweise entsiegelt und in
265 Grünfläche umgewandelt werden¹⁴.

266

267

¹² <https://www.klimaschutz.de/projekte/schule-klima-wandel> (Stand 19.09.2019)

¹³ Amt für Naturschutz, Grünplanung und Bodenschutz

¹⁴ GEOVO Data

268 **Begrünung**

269 Mit der Bebauung geht auch Lebensraum verloren. Die wachsende Bevölkerung nimmt
270 immer mehr Raum ein. Um die Flächen, die uns bleiben, effektiv zu nutzen, setzen wir uns
271 für die Begrünung von Gebäuden ein. Konkret fordern wir:

272 Fassaden- und Dachbegrünung besonders für stadteigene Gebäude vorantreiben und damit
273 als Vorbild vorangehen. Bei Schulen gibt es schon ein Programm[1] das noch ausgebaut
274 werden kann, und auch bei anderen städtischen Gebäuden wie Behörden soll geprüft
275 werden, ob Bestand begrünt werden kann, sowie Neubauten nur mit Begrünung geplant
276 werden.

277 Begrünung von Bushaltestellen (Drs 21/17922) und Bahnhaltstellen, wobei die
278 Bahnhaltstellen auch nach dem Modell des Solar-Gründachs[2] zusätzlich zur Begrünung
279 mit Solarzellen versehen werden sollen.

280 Das geplante Programm "PrimaStadtKlima" (Fassadenbegrünung, Drs 21/17926)
281 vorantreiben und eine Förderung für Fassadenbegrünung, die derzeit geprüft wird (Drs
282 21/13996) aufbauen.

283 Die Verlängerung der Hamburger Gründachförderung bis Ende 2022 unter besonderer
284 Berücksichtigung von Solar-Gründächern[2].

285 Zusätzlich zu den Förderungen eine Regelung bzw. Quote für Gründächer bei Neubauten
286 (15 % der Neubauten eines Bauherrn, dabei zählt ein Bau als begrünt, wenn mind. 75 % der
287 Dachfläche begrünt ist[3], für Bau von Häusern für Eigenbedarf Sonderregelung
288 ausarbeiten). Hierbei könnte die Förderung so gestaltet werden, dass nur wer über die Quote
289 hinaus begrünt, besonders gefördert wird.

290 Die Möglichkeit des "Rooftop Farming" auf Dächern von öffentlichen Gebäuden zu prüfen
291 (vgl. Drs 21/18335).

292 Bei jeder Begrünung darauf zu achten, dass sie förderlich für unsere Flora und Fauna und
293 damit den Artenschutz ist. Wo möglich, sollen keine hochgezüchteten Kulturpflanzen,
294 sondern wilde heimatische Arten genutzt werden.

295 Diese Forderungen sollen helfen, den durch fortschreitende Bebauung verlorengegangenen
296 Lebensraum zu ersetzen, so sind gerade begrünte Bushaltestellen eine tolle Möglichkeit für
297 Insekten. Zudem werden das jeweilige Mikroklima und die Lebensqualität in Hamburg zu
298 verbessert. Somit vereinen wir Natur- und Klimaschutz und sorgen für ein schöneres
299 Hamburg.

300 Im Rahmen dieser Maßnahmen fordern wir die Bürgerschaft und konkret den
301 Umweltausschuss auf, sich nach dem Beispiel von London mit dem Modell der "National
302 Park City" auseinander zu setzen und die Anwendbarkeit auf Hamburg zu prüfen.^{15 16 17}

¹⁵ Hamburgs Schulen sorgen für gutes Klima: <https://www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/12771880/2019-07-22-fb-hamburgs-schulen-sorgen-fuer-gutes-klima-gruendachoffensive-zeigt-erste-erfolge/>; Letzter Zugriff: 19.09.2019

¹⁶ Das Solar-Gründach: <https://www.hamburg.de/gruendach/11622392/das-solar-gruendach/>; Letzter Zugriff: 19.09.2019

¹⁷ Gesamtresolution Jugend im Parlament 2018: <https://www.hamburgische-buergerschaft.de/contentblob/11654570/95e5e09def890b35cc4599ee325a9e22/data/2018-09-21-resolution-jip.pdf>, Z. 192-195; Letzter Zugriff: 19.09.2019

303

304 **Bauschuttrecycling und CO₂- Reduzierung der Zementindustrie**

305 Im Bausektor haben wir uns auf zwei Probleme fokussiert: Der hohe CO₂- Ausstoß bei der
306 Herstellung von Zement, welcher weltweit 6% des Gesamtausstoßes beträgt, sowie die
307 mangelnde Wiederverwertung von Bauschutt, was zur Verknappung der Ressourcen
308 beiträgt. Des Weiteren verändern Kies- und Sandabbau das Landschaftsbild nachhaltig und
309 zerstören den Lebensraum vieler Arten und Bauschutt ist ein immenser Teil des deutschen
310 Abfalls.

311 Wir fordern für Hamburg die Priorisierung von Sanierungen gegenüber Neubauten. Damit
312 können sowohl Zement und die dazu gehörige CO₂- intensive Produktion sowie Baustoffe
313 reduziert werden. Dazu ist es auch denkbar, gesetzliche Auflagen zu schaffen, dass
314 dauerhaft leerstehende Gebäude saniert werden und als stadteigene (Sozial)Wohnungen
315 vermietet werden. Für Neubauten soll es eine Auflage zum recyclinggerechten Bauen und
316 eine Quote für den Mindestanteil an Recyclingbeton geben. Außerdem soll eine Prüfung
317 eines Gesetzes zur Verlängerung der Lebensdauer von Gebäuden stattfinden mit dem Ziel,
318 dass Gebäude nachhaltig und für eine lange Lebensdauer (mindenstens 100 Jahre) geplant
319 und konstruiert werden müssen. Hamburg muss dabei mit stadteigenen Gebäuden als
320 Vorbild vorangehen.

321 Des Weiteren müssen Bürgerinnen und Bürger über die CO₂- Emissionen der
322 Zementindustrie sowie Alternativen aufgeklärt werden. Diese Alternativen sind noch Teil der
323 Forschung, werden aber in absehbarer Zeit nutzbar. Dennoch empfehlen wir die Forschung
324 zu fördern durch Geldmittel oder einen Lehrstuhl der Uni HH für Recyclingbau oder
325 Ähnliches. Die Auflagen für neue Gebäude müssen hinsichtlich der Forschungsergebnisse
326 fortlaufend aktualisiert werden, um die CO₂- Emissionen möglichst gering zu halten. So
327 sollten entsprechende neue Baustoffe auch genutzt werden.

328 Auf Bundesebene soll Hamburg sich dafür einsetzen, dass die Forschung für CO₂- armes
329 Bauen sowie für weitere Möglichkeiten des Recyclings von Bauschutt gefördert wird.
330 Außerdem soll der hohe CO₂- Ausstoß bei der Herstellung von Zement über eine adäquate
331 CO₂- Steuer ausgeglichen werden. Die Steigerung der tatsächlichen Recyclingquote soll
332 forciert werden (nicht nur bspw. als minderwertiges Material beim Straßenbau,
333 Deponiebaustoff oder im Tagebau, sondern als gleichwertiges Baumaterial). Denn viele
334 recycelte Baumaterialien haben einen geringeren CO₂- Fußabdruck und schonen die
335 Ressourcen.^{18 19 20}

336

¹⁸https://www.deutschlandfunk.de/recycling-von-baustoffen-aus-bauschutt-werden-neue.676.de.html?dram:article_id=438625; Letzter Zugriff: 17.09.2019

¹⁹<https://www.umweltbundesamt.de/daten/ressourcen-abfall/verwertung-entsorgung-ausgewaehlter-abfallarten/bauabfaelle#textpart-3>; Letzter Zugriff: 17.09.2019

²⁰<https://www.swr.de/natuerlich/archiv/sendung-vom-12-die-sinnvolle-alternative-bauschuttrecycling/-/id=13431324/did=11134606/nid=13431324/o1vt3y/index.html>; Letzter Zugriff 17.09.2019

337 **Teilnehmende des Ausschusses:**

338 Stine Behrmann, Lisanne Derboben, Linda Dierksen, Leif Dietrich, Abin Eskandari, Johanna
339 Fröhlich, Natascha Hartun, Mia von Kirchbach, Tatiana Koryakina, Lasse Kraft, Menelik
340 Lamar Lösel, Magdalena Lenz, Julia May, Marta May, Malte Metzner, Till Meyer-Jark, Anna-
341 Lisa Moor, Merle Neukamm, Maike Oestreich, Tom Radtke, Mareike Riethmüller, Franziska
342 Ringel, Anna Roscher, Maibritt Schäffer, Tuula Schwarz, Lisa Marie Sondermann, Pegah
343 Tabari-Fard, Leonie Tamm und Sofie Wilde

344

345

346

347

348

349

350

351

352

353

354

355

356

357

358

359

360

361

362

363

364

365

366

367

368 **Resolution des Schulausschusses**

369

370

371 **Die Digitalisierung spielt eine immer wichtigere Rolle in unserer Gesellschaft!**

372

373 In den vergangenen Jahren wurden bereits einige Maßnahmen in Richtung Digitalisierung
374 ergriffen, jedoch ist die allgemeine Umsetzung dieser Maßnahmen nicht schnell genug
375 erfolgt.

376 Wir haben uns im Rahmen unseres Planspieles mit dem Problem unseres Schulsystems
377 auseinandergesetzt und Forderungen entwickelt, die wir im Folgenden darlegen werden:

378

379

380 **• Wir fordern Tablets, statt Heftern ab der 9. Klasse an allen Schulen und eine**
381 **eingeschränkte Nutzung in den jüngeren Klassenstufen.**

382

383 Das Projekt „paducation“, welches an der gemeinsamen Oberstufe der Schulen Kurt-Körper-
384 Gymnasiums Hamburg-Billstedt und der Stadtteilschule Öjendorf durchgeführt wurde, zeigte
385 in dessen Verlauf eine gute Entwicklung auf den Bezug der Lernprozesse und dem
386 Verständnis gegenüber des Lernstoffs.²¹

387 Auch wurde die Papierverschwendung vermindert, welches einen großen Beitrag zum
388 Umweltschutz leistet. Die von immer mehr Relevanz werdende Unterrichtsart im Stil einer
389 Vorlesung, lässt die Schüler eigenverantwortlich Mitschriften anfertigen, welche durch das
390 Tablets direkt verfasst werden können und damit viel schneller, als würde dies per Hand
391 geschehen.

392

393 Weiterführend wird die Medienkompetenz sowohl von Schülern, als auch von Lehrern, durch
394 die ständige Auseinandersetzung mit den Medien gesteigert und hierdurch wird eventuell
395 auch das Interesse an den MINT-Fächern insbesondere im Bereich der Technik bei den
396 Schülern größer.

397

398 Für Familien, die sich den Kauf eines Gerätes privat nicht leisten können, wäre eine
399 Ratenzahlung bei einem Elektromarkt möglich. Bestünde diese Möglichkeit nicht, könnten
400 iPads von der Schule gestellt und nur die Versicherung in Raten gezahlt werden, sofern
401 beispielsweise ein SCHUFA-Eintrag besteht. Das Budget, welches aus dem Digitalpakt
402 stammt, könnte für die Finanzierung der Tablets genutzt werden. Ebenso sind alle Microsoft-
403 Office-Programme auf den meisten mobilen Endgeräten kostenfrei und ersparen somit der
404 Schule als auch den Schülern den regulär anfallenden Beitrag. Um die Rechtschreibung
405 nicht zu verlernen, könnten die Klausuren sowie einige Aufgaben während der laufenden
406 Kursarbeit, noch traditionell handschriftlich geschrieben bzw. bearbeitet werden.

407

408 **• Wir fordern Medientage bzw. Medienwochen und interne IT-Spezialisten in**
409 **Schulen.**

410

411 Um den jüngeren Schülern die Grundlagen im Bereich von sozialen Medien und dem
412 Umgang mit mobilen Geräten nahezubringen und um das Allgemeinwissen über die
413 Mediennutzung nicht zu verlieren, wäre eine regelmäßige Auffrischung nützlich. An
414 Medientagen bzw. Medienwochen könnte das Wissen bei Schülern und Lehrern weiter
415 vertieft werden. An einigen Schulen gibt es bereits Ausbildungen von Schülern zu Sanitätern

²¹ Universität Hamburg: paducation

416 oder Streitschlichtern, weshalb es von Vorteil wäre solch eine Ausbildung für Interessierte
417 zum IT-Spezialisten anzubieten. Diese könnten technische Probleme in ihrer eigenen Schule
418 lösen.

419

- 420 • **Wir fordern, dass schulspezifische Regelungen bezüglich der Handynutzung**
421 **eingeführt werden sollten.**

422

423 Da die Nutzung von mobilen Endgeräten an wichtiger Bedeutung zunimmt, empfehlen wir die
424 Handynutzung ab der 9. Klasse zur Verwendung in den Pausen und zur eventuellen
425 Recherche im Unterricht, da der Durchschnitt der Schüler in diesem Alter ein besseres
426 Bewusstsein zur Nutzung ihrer Medien besitzt. Jedoch sollte jede Schule diese Entscheidung
427 für sich selbst treffen. Sofern die Handynutzung auch für eine untere Klassenstufe erlaubt
428 werden sollte, so müssten zum Ausgleich Freizeitangebote und Pausen-Aktivitäten
429 angeboten werden, um eine durchgängige Handynutzung zu vermeiden. Die Aktivitäten
430 könnten von
431 Oberstufenschülern durchgeführt werden. Auch könnten bestimmte Handyzonen festgelegt
432 werden.

433

434

435 **Lebensvorbereitung im Lehrplan:**

436

437 Der Großteil aller Schüler fühlt sich nach dem Abschluss nicht ausreichend auf die Zukunft
438 vorbereitet, weshalb wir uns für eine Überarbeitung des Curriculums aussprechen. Diese
439 Überarbeitung sollte deutlich moderner und ansprechender auf Schüler wirken.

440

- 441 • **Wir fordern, dass die Inhalte der bisher gegebenen Fächer dahingehend**
442 **umgestaltet und, dass lebensrelevante Themen behandelt werden.**

443

444 Anstatt ein neues Schulfach zum Thema Lebensvorbereitung einzuführen, welches den
445 ohnehin schon vollen Lehrplan überlasten würde, haben wir uns Gedanken darüber gemacht
446 verschiedene Fächer zu modernisieren:

447

448

- 449 • Zunächst würden wir den Unterricht des Faches PGW dreiteilen: Dies bedeutet
450 nicht, dass drei separate Fächer entstehen, sondern, dass der Unterricht über das
451 Schuljahr in unterschiedliche Bereiche gespalten wird (Politik, Gesellschaft,
452 Wirtschaft), was bisher nicht der Fall war. Vielmehr wurde der Fokus auf einen,
453 bzw. zwei Bereiche des Unterrichts gelenkt.

454

- 455 • Die bisherigen Fächer sollten in drei Kernpunkten aufgestockt werden:
456 Bürokratie/Finanzielles, Gesundheit und Zukunftsmöglichkeiten:
457 Information zum Thema Geldmanagement, Steuern sowie Steuererklärung und
458 Verträge könnten in der Zeit des Wirtschaftsunterrichtes behandelt werden.
459 Das Thema Gesundheit, insbesondere richtige Ernährung, mentale Gesundheit und
460 Bewegungslehre, könnten im Sport- und/oder Biologieunterricht, sowie Psychologie
461 angesprochen werden. Die Thematisierung von der Frage, was für Möglichkeiten es
462 überhaupt nach der Schule gibt, sollte vor allem früher geschehen. Auch dies

463 könnte man beispielsweise in Projektwochen behandeln und diese in den Wochen
464 vor den Sommerferien ansetzen, in denen erfahrungsgemäß kein regulärer
465 Unterricht mehr stattfindet.

466

467 • Die Fähigkeit Bewerbungen zu verfassen wird bereits im Deutschunterricht in der
468 achten Klasse geübt, jedoch nur für einen kurzen Zeitraum, weshalb wir es wichtig
469 finden dieses Thema sowohl häufiger, als auch intensiver zu behandeln, um auch
470 noch nach dem jeweiligen Schulabschluss zu wissen, wie man sich für etwas richtig
471 und souverän bewerben kann.

472 Zu diesem Zweck soll nicht nur aus dem Schulbuch unterrichtet, sondern auch
473 Experten aus dem realen Arbeitsalltag eingeladen werden.

474

475 • Weiterführend würden wir uns für eine Priorisierung von Fächern mit
476 künstlerischem oder kreativem Hintergrund für interessierte und talentierte Schüler
477 einsetzen. Diese Fächer werden meist nur als nebensächlich wahrgenommen.

478

479 • Zudem sollten Schüler viel früher entscheiden können, für welche Themenbereiche
480 sie sich interessieren und in welchen sie weiter lernen wollen. Auch hier meinen wir
481 nicht wichtige Hauptfächer abwählen zulassen, sondern vielmehr nach und nach
482 die für einen selbst essenziellen und gewünschten Fächer hervorheben zu können.

483

484

485 **Mehr Chancengleichheit im Schulalltag!**

486

487 Wir haben uns mit dem Thema Chancengleichheit an den hamburgischen Schulen befasst.
488 Wir finden, dass diese immer noch nicht ausreichend gegeben ist. Die bestehende
489 Chancenungleichheit hat unzählige Ursachen, unsere Forderungen sollen denen
490 entgegenwirken.

491

492 • **Wir fordern die Wiedereinführung des Kurssystems.**

493

494 Wir haben festgestellt, dass die Schüler*innen an den Hamburger Schulen stark an feste
495 Lehrpläne und pauschalisierten Unterricht gebunden sind. Das lässt sich nicht von heute auf
496 morgen ändern, aber als erste Verbesserung möchten wir zunächst mehr Individualität in
497 den Lernalltag der Oberstufen bringen. Dafür fordern wir die Abschaffung der
498 Oberstufenprofile. Wir würden es aber begrüßen wenn auch die unteren Stufen die
499 Möglichkeit auf ein individuelleres Lernen bekommen.

500

501 In der Oberstufe haben die Schüler*innen ausschließlich die Möglichkeit Fächerpakete in
502 den sogenannten Profilen zu wählen. Dadurch geht jeglicher Freiraum, seinen schulischen
503 Interessen optimal nachzugehen, verloren. Daher haben nicht alle Schüler dieselben
504 Chancen, den optimalen Lernerfolg zu erzielen. Anstelle dessen fordern wir die
505 Wiedereinführung eines Kurssystems. Die Schüler sollen die Möglichkeit bekommen frei
506 Leistungs- und Grundkurse in allen Fächern zu wählen so lange ihre Wahl alle für das Abitur
507 relevanten Kurse abdeckt.

508 Damit möglichst viele Kurse zustande kommen empfehlen wir das Zusammenlegen von
509 Kursen aus Partnerschulen.

510

511
512
513
514
515
516
517
518
519
520
521
522
523
524
525
526
527
528
529
530
531
532
533
534
535
536
537
538
539
540
541
542
543
544
545

- **Wir fordern, dass jede Schule in Hamburg die Chance erhält ein staatlich finanziertes Lerncoaching Programm einführen zu können.**

Die schulischen Leistungen von Schülerinnen und Schülern aus Familien mit einem geringen Einkommen sind nachweislich geringer als die der Schüler*innen aus wohlhabenden Familien. Die Ursachen für dieses Phänomen sind sehr komplex. Einer der Faktoren den wir dafür herausarbeiten konnten ist, dass durch die mangelnden finanziellen Mittel, der bestehende Bedarf an Nachhilfe der Schüler nicht gedeckt werden kann. Familien, die sich diese Unterstützung für ihre Kinder nicht leisten können, und sich vom Rest der Klasse abgehängt fühlen haben somit nicht die Möglichkeit den verpassten Lernstoff nachzuholen. Und geraten somit durch kleinere Verständnisschwierigkeiten in eine Abwärtsspirale, die in massiven Lernrückständen münden kann. Somit ist die Chancengleichheit zwischen Arm und Reich nicht gewährleistet.

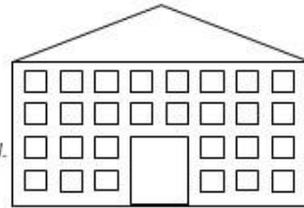
Laut einer Studie der UECD im Rahmen des Pisa-Tests 2015, waren 2006 25, 2% der Schüler sozial benachteiligt, 2015 stieg der prozentuale Anteil der sozial benachteiligten auf 32,3 %. Das zeigt, dass die Notwendigkeit in den letzten Jahren noch gestiegen ist, staatlich finanzierte Nachhilfe anzubieten. Zwar gibt es bereits staatlich finanzierte Förderangebote, jedoch greifen diese erst wenn es zu spät ist und haben dann auch nicht die notwendige Qualität aufgrund des schlechten Lehrer Schüler Verhältnisses.

Um das Problem zu lösen, fordern wir die Bereitstellung von Geldern für alle hamburger Schulen, um das Lern-Coach-Programm zu ermöglichen (siehe Grafik). Bei dem Lern-Coach-Programm werden Schüler*innen mit Nachhilfebedarf von älteren und leistungsstärkeren Schüler*innen unterrichtet. Dies bringt folgende Vorteile mit sich: Schüler*innen erhalten Unterstützung vor Leistungseinbruch, leistungsstärkere Schüler*innen werden gefordert und erhalten ein kleines Gehalt, der Austausch zwischen den Schülern*innen wird erhöht und finanziell benachteiligte Schüler*innen erhalten eine persönliche eins zu eins und qualitativ hochwertige Nachhilfe. Dieses Programm läuft bereits am Heilwig-Gymnasium Alsterdorf. Wir empfehlen, sich mit der Schule, aufgrund der dort gesammelten Erfahrungen auszutauschen.

„Lerncoaching aufbauen“

Schritt 1:

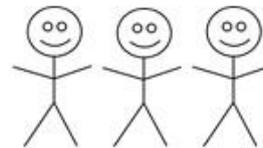
Schule XY möchte das „Lerncoaching“-Programm einführen.
Die Schulbehörde stellt die dafür notwendigen finanziellen Mittel.



Schritt 2:

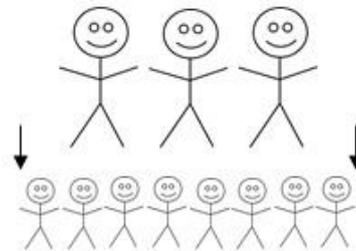
Schule XY stellt ein „Lerncoach-Lehrerteam“ zusammen,
das das Projekt an der Schule leiten soll.

Diese Lehrer werden auf einer Fortbildung in ihre neue
Aufgaben eingeführt



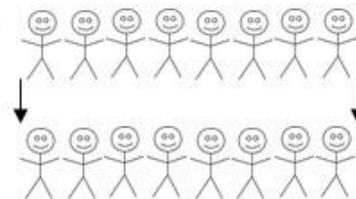
Schritt 3:

Die „Lerncoach-Lehrer“ bilden die „Lerncoaches“ aus.

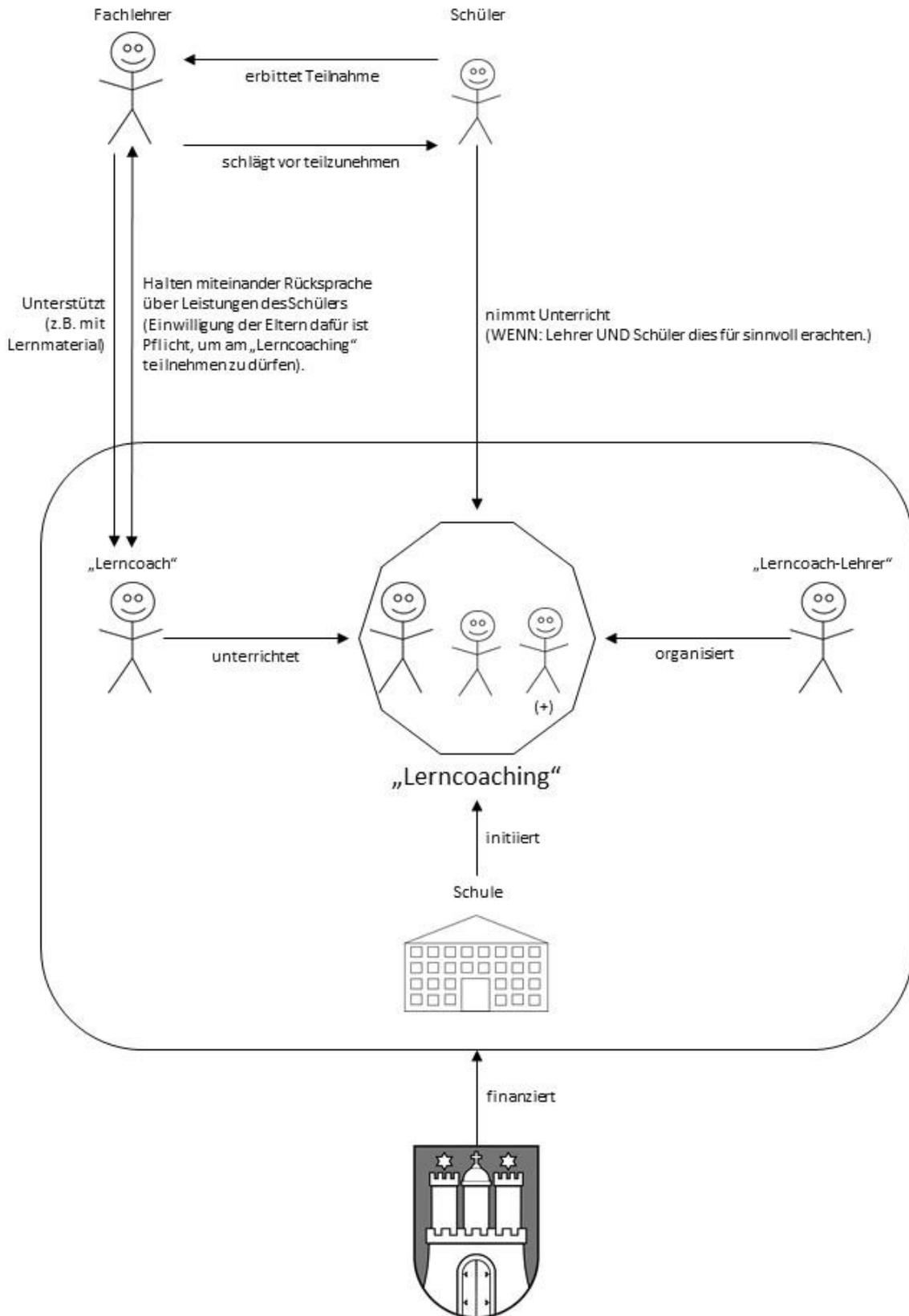


Schritt 4:

Die „Lerncoaches“ unterrichten die Schüler 1zu1, oder max.
1zu2. Sie erhalten dafür ein kleines Gehalt.



„Lerncoaching durchführen“



548
549
550
551
552
553
554
555
556
557
558
559
560
561
562
563
564
565
566
567
568
569
570
571
572
573
574
575
576
577
578
579
580
581
582
583
584
585
586
587
588
589
590
591
592
593
594

- **Wir fordern die schrittweise Eingliederung der Schüler*innen aus den IVK-Klassen in den Regelunterricht.**

Derzeit erleben wir an Hamburgs Schulen eine große Anzahl von Schülern, die über geringe Deutschkenntnisse verfügen. Diese werden derzeit in sogenannten IVK-Klassen unterrichtet. In diesen Klassen werden im angepassten Tempo Deutschkenntnisse und Allgemeinwissen vermittelt. Das oberste Ziel ist es, die Schüler auf den Regelunterricht vorzubereiten, damit sie gleiche Chancen auf einen guten Abschluss haben. Wir glauben, dass die Sprachkenntnisse der wichtigste Punkt für eine gelungene Integration in den Regelunterricht, aber auch in die Gesellschaft generell ist. Aus Erfahrungen (siehe Anstieg an Auslandsjahren) lernt man eine Sprache aber dann am besten, wenn man von dieser tagtäglich umgeben ist. Daher halten wir es für sinnstiftend, dass Schüler den IVK-Klassen früher in gewisse Unterrichtsfächer des Regelunterrichts eingegliedert werden. Als geeignete Unterrichtsfächer empfehlen wir den Sportunterricht, sowie Kunst und Musik. Auch Mathematik, nachdem grundlegende Fachbegriffe vermittelt worden sind, eignet sich für eine frühzeitige Einbindung der IVK-Schüler. Nicht nur wird die deutsche Sprache dadurch leichter und schneller erlernt, auch Freundschaften können zwischen den Schülergruppen entstehen. Integration kann dadurch besser gelingen. Zusätzlich soll der Deutschunterricht in den IVK verbessert und intensiviert werden.

- **Wir fordern, dass die Grundschule als Testlauf, an ausgesuchten Schulen, auf 6 Jahre verlängert werden soll, sodass die Beobachtungsstufe erfolgt, bevor ein Wechsel auf eine Weiterführende Schule stattfindet, um mehr Chancengleichheit zu gewährleisten.**

Uns ist aufgefallen, dass es großen Diskussionsbedarf bezüglich der generellen Struktur des Schulsystems in Deutschland gibt. Vor allem im Zusammenhang mit Chancengleichheit wird das drei, bzw. in Hamburg vorherrschende zweigleisige System bemängelt. Diese Strukturen stammen noch aus der Nachkriegszeit des 1. Weltkriegs. Damals gab es die Volksschule für das "normale" Volk, von denen viele Industrie und Landarbeiter wurden. Die Realschule war für die Mittelschicht vorgesehen, während das Gymnasium der Elite vorbehalten wurde. Diese Schüler kamen für leitende Positionen in der Politik und Wirtschaft infrage. Dieses System war ungerecht, da es die soziale Ungleichheit widerspiegelte und erneuerte: "Das Volk blieb das Volk und die Elite blieb die Elite". Nur wenige Veränderungen sind seit diesem Zeitpunkt an den Strukturen dieses Bildungssystems vorgenommen worden, sodass sich immer noch eine große Chancenungleichheit durch unser Schulsystem zieht. Daher glauben wir, dass Deutschlandweit die Schule reformiert werden muss. Es stellt sich uns die Frage, warum Deutschland und Österreich die einzigen Länder sind, in denen schon nach der 4. Klasse eine Aufteilung in die Weiterführenden Schulen erfolgt. Nach ausführlichen Recherchen rund um dieses Thema, sind wir überzeugt, dass es von Vorteil für vor allem sozial schwächere Kinder wäre, wenn die Grundschule auch die Beobachtungsstufe, also die 5. und 6. Klasse, umfasst, also um zwei Jahre verlängert werden würde.

595 Belegt ist, dass Kinder im Alter von 8-10 Jahren ein Bewusstsein für sich selbst und andere
596 entwickeln, wobei sie auch das erste Mal kritisch sich selber und ihre Wirkung auf andere
597 hinterfragen. Außerdem machen Kinder in diesem Alter das erste Mal Erfahrungen mit
598 Teamwork, es wird erkannt, dass andere Menschen unterschiedliche Fähigkeiten
599 und Meinungen haben. Daher halten wir es für falsch, in einem Alter, indem es darum gehen
600 sollte soziale Kompetenzen und Teamfähigkeit zu fördern, den Kindern ins Bewusstsein zu
601 setzen eines sei besser als das andere. Diese Auffassung wird nämlich durch die Aufteilung
602 auf Gymnasien und Stadtteilschulen den Kindern vermittelt.
603 Kinder entwickeln sich in diesem Zeitraum so rasant, dass eine eindeutige Bestimmung über
604 ihre Fähigkeiten und zukünftige Leistungsbereitschaft noch nicht möglich ist. Dies sehen wir
605 auch an der Anzahl der Kinder, die jährlich nach der Beobachtungsstufe die Schulart
606 wechseln. Im Jahr 2018/2019 waren es genau 933 Schüler, die nach der Beobachtungsstufe
607 von einem Gymnasium herunter wechselten, sowie 216 Schüler, die auf ein Gymnasium
608 herauf wechselten.

609
610 Die Pisa-Studie von 2015 (die Studie 2018 erscheint erst im Dezember 2019) zeigt deutlich,
611 wie unterschiedlich die prozentualen Anteile der aus verschiedenen Elternhäusern
612 stammenden Kinder am Gymnasium sind (ca. 30% aller Schüler in Deutschland besuchen
613 ein Gymnasium). Nach der EGP-Klassifizierung gehen mehr als die Hälfte der Kinder aus
614 der EGP-Klasse I, dessen Eltern also Berufe in der Oberen Dienstklasse ausüben, auf ein
615 Gymnasium. Von den Kindern, deren Elternhaus den EGP-Klassen V, VI und VII zugeteilt
616 worden sind, besuchten nur etwa 1/5 ein Gymnasium. Zwar ist dies schon eine
617 Verbesserung über die letzten 15 Jahre, aber es ist dennoch ein eindeutiges Indiz für die
618 Auswirkung der sozialen Disparität, wenn es um die Schulartwahl geht. Auch wenn der
619 Erwerb eines Abiturs auf einer Stadtteilschule erfolgen kann, so haben doch 93% aller
620 Schüler (in Deutschland) in der Sekundarstufe II ein Gymnasium besucht.
621 In der Studie wird deutlich, dass Deutschland in Sachen Chancengleichheit unter dem
622 OECD-Durchschnitt liegt, denn "16% der Varianz der Schülerleistungen in
623 Naturwissenschaften Unterschieden beim sozioökonomischen Hintergrund der
624 Schülerinnen und Schüler zugeschrieben werden können." Damit liegt Deutschland auch weit
625 hinter den Ländern Kanada, Estland, Finnland und Japan. In Finnland herrscht ein
626 eingleisiges Schulsystem, auch in Estland bleiben die Schüler bis zur 9. Klasse zusammen.
627 In Kanada werden die Schüler erst zur 7. Klasse hin getrennt und auch in Japan besuchen
628 die Schüler sechs Jahre lang die Grundschule.
629 Wir fordern daher, im Sinne der Chancengleichheit, dass eine Grundschuldauer von sechs
630 Jahren erprobt werden muss. Dabei muss die Beobachtungsstufe gleichzeitig eine
631 ausreichende Vorbereitung auf die Anforderungen eines Gymnasiums bieten. Wir erhoffen
632 uns damit die Chancengleichheit zwischen den verschiedenen sozialökonomischen
633 Schichten zu verbessern.

634
635

636 **Unterrichtsqualität verbessern!**

637
638 Ein guter Unterricht sollte für alle das wichtigste Ziel sein. Dies kann vor allem dann erreicht
639 werden, wenn Lehrer und Schüler sich in einem offenen Rahmen über den Unterricht
640 austauschen. Leider gibt es dabei zwei Systemfehler:

641

- 642 1. Schüler stehen unter der Bewertung der Lehrer. Es wäre so, als wenn man mit dem
643 eigenen Richter über den begangenen Mord spricht und dann einen unbefangenen
644 Freispruch fordert. Wir wollen nicht absprechen, dass viele Lehrerinnen und Lehrer
645 fachlich und unvoreingenommen bewerten. Jedoch haben wir persönlich die Erfahrung
646 gemacht, dass dem nicht immer so ist.
647
- 648 2. Nicht alle Lehrerinnen und Lehrer holen sich von ihren Klassen eine Rückmeldung, bzw.
649 nur am Ende des Schuljahres (wo es schon zu spät ist).
650

651

652 **Wir fordern deswegen:**

653

- 654 • Alle Lehrerinnen und Lehrer müssen sich einmal im Halbjahr eine anonyme
655 Rückmeldung von ihrer Klasse/von ihrem Kurs holen.
656
- 657 • Ist dies erfolgt, unterschreibt eine Vertrauensperson aus der Klasse (z.B. der
658 Klassensprecher) eine Bestätigung. So kann die Schulleitung die verpflichtende
659 Rückmeldung sicherstellen.
660

661

662 **Quellen:**

663

664 • https://www.pisa.tum.de/fileadmin/w00bgi/www/Berichtsbaende_und_Zusammenfas-
665 [sungen/Bericht_2015-openaccess.pdf](https://www.pisa.tum.de/fileadmin/w00bgi/www/Berichtsbaende_und_Zusammenfas-) (18.09.2019)

666

667 • https://www.destatis.de/GPStatistik/servlets/MCRFileNodeServlet/DEHeft_derivate_0
668 [0035140/Schulen_auf_einen_Blick_2018_Web_bf.pdf](https://www.destatis.de/GPStatistik/servlets/MCRFileNodeServlet/DEHeft_derivate_0);jsessionid=5BBFAA19E06C8B
669 [05F31D4EF0E0326230](https://www.destatis.de/GPStatistik/servlets/MCRFileNodeServlet/DEHeft_derivate_0) (18.09.2019)

670

671 • <https://www.oecd.org/pisa/PISA-2015-Germany-DEU.pdf> (18.09.2019)

672

673 • <https://www.mystudychoice.de/kanadische-bildungssystem> (18.09.2019)

674

675 • <https://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/estland-als-schul-vorbild-so-wird->
676 [lernen-gerechter-a-1184360.html](https://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/estland-als-schul-vorbild-so-wird-) (18.09.2019)

677

678 • https://de.wikipedia.org/wiki/Bildungssystem_in_Japan(18.09.2019)

679

680 • https://www.youtube.com/watch?v=fxvVMjDCo_4(18.09.2019)

681

682 • https://de.wikipedia.org/wiki/Bildungssystem_in_Finnland (18.09.2019)

683

684 • <https://www.zg.ch/behoerden/direktion-fur-bildung-und->

685

686 [kultur/schulinfo/fokus/entwicklungspsychologie-2014-was-wann](https://www.zg.ch/behoerden/direktion-fur-bildung-und-) (18.09.2019)

687

688

682 **Folgende Politikerinnen und Politiker haben uns bei unserer Meinungsfindung** 683 **unterstützt:**

684

685 Frau Sabine Boeddinghaus (Die Linke)

686 Herr Olaf Duge (B'90 Die Grünen)

687 Herr Daniel Oetzel (FDP)

688 Herr Stephan Jersch (Die Linke)

689 Frau Birgit Stöver (CDU)

690 Herr Phillipp Heissner (CDU)
691 Herr Uwe Giffei (SPD)
692 Herr Gert Kekstadt (SPD)
693 Herr Uwe Lohmann (SPD)

694
695

696 **Mitglieder des Ausschusses für Schule:**

697

698 Jonah Noel Sinn Emmanuela von Below Luca Hartmann

699

700 Pia Jung Nilan Mansouripour Dalila Nouame

701

702 Abdyl Bajrami David Minks Lennart Buizinga

703

704 Enise Marie Direkei Nadim Akhondzada

705

706 Meret Linnemann Baily Silberbach

707

708 Kevin Hufnagel Jan Giese Rodriguez

709

710 Dave Krüger Max Pohlmann

711

712

713

714

715

716

717

718

719

720

721

722

723

724

725

726

727

728

729

730

731 **Resolution des Verkehrsausschusses**

732

733 Sehr geehrte Abgeordnete der Hamburgischen Bürgerschaft,

734 wir, die 17 Mitglieder des Verkehrsausschuss „Jugend im Parlament 2019“, haben uns mit
735 der aktuellen Verkehrssituation in Hamburg befasst. Dabei lag das Hauptaugenmerk auf
736 Alternativen zum Autoverkehr und einer persönlichen, flexiblen und umweltfreundlichen
737 Mobilität. Diesbezüglich haben wir uns in Unterausschüssen mit den Themen: Öffentlichen
738 Personen Nahverkehr, Carsharing, E-Scooter, Elektroautos befasst.

739 Während des Planspieles hatten wir die Möglichkeit, Politiker und Experten mit
740 verschiedenen Sichtweisen zur Thematik zu befragen und zusammen über verschiedene
741 Verkehrsthemen und Problemen zu diskutieren. Mit den gewonnenen Informationen haben
742 wir im Plenum explizite Forderungen entwickelt. Folgende Personen haben unseren
743 Ausschuss besucht:

- 744 • Frau Heike Sudmann (Linke)
- 745 • Herr Ewald Aukes (FDP)
- 746 • Herr Carl-Edgar Jachow (FDP)
- 747 • Herr Lars Pochnicht (SPD)
- 748 • Herr Martin Bill (Grüne)
- 749 • Herr Dennis Gladiator (CDU)
- 750 • Herr Peter Lorkowski (AfD)
- 751 • Herr Dennis Thering (CDU)
- 752 • Herr Ole Torben Buschhüter (SPD)
- 753 • Herr Kurt Duwe (FDP)

754

755 **Öffentlicher-Personen-Nahverkehr**

756 → **Fahrradwagon**

757 **Problem**

758 Durch einen Mangel an Fahrradwagons bzw. das Verbot Fahrräder zu den
759 Hauptverkehrszeiten mitnehmen zu dürfen, benutzen viele das Auto, da nicht nur die letzte
760 Meile zwischen Haus und ÖPNV fehlt, sondern auch zwischen dem Arbeitgeber und ÖPNV.

761 **Forderung**

762 Der Verkehrsausschuss fordert einen Fahrradwagon in allen S- und U-Bahnen, damit auch
763 die Mitnahme von Fahrrädern zu den Hauptverkehrszeiten möglich ist. Für die vereinfachte

764 Planung und Kommunikation des Konzeptes Fahrradwagons fordern wir in der
765 Einführungsphase eine Einbindung in die HVV App, sodass die Mitnahme eines Fahrrads
766 gezielt geplant werden kann.

767 **Lösung/Verbesserung:**

768 Um unser vorrangiges Ziel eines verringerten privaten Automobilverkehrs zu verwirklichen
769 muss auch die Möglichkeit gegeben werden, die Öffentlichen Verkehrsmittel und das
770 Fahrrad zu kombinieren. Insbesondere zu den Hauptverkehrszeiten, könnten so viele
771 Berufstätige mit dem Fahrrad zur nächsten U/S Bahn Station fahren, um mit dem ÖPNV in
772 die Stadt zu gelangen und dann erneut von der U/S-Bahn zur Arbeit mit dem Fahrrad zu
773 kommen. Das Stadtrad ist hierfür insbesondere in den Außenbezirken nicht ausreichend
774 vertreten.

775 Unser Lösungsansatz diesbezüglich lautet, ein Fahrradwagon der in regelmäßigen
776 Abständen an U/S Bahnen mitgeführt wird. Somit könnten auch Menschen, die sonst auf ein
777 Auto angewiesen sind, mit der Bahn und dem Rad mobile in der Stadt unterwegs sein. Eine
778 Preiserhöhung der Fahrkarten lehnen wir grundsätzlich ab, da diese Zusatzleistung das
779 Angebot des HVV attraktiver gestalten wird und eine Preiserhöhung diesem Ziel
780 entgegenwirken würde.

781 → **Farbig differenzierte Fahrradwege**

782 **Problem:**

783 Der Fahrradverkehr bildet eine umweltfreundliche und individuelle Mobilität in unserer Stadt.
784 Um diesen weiter zukunftsfähig zu gestalten müssen bestehende Radwege ausgebaut und
785 umgestaltet werden. Unauffällige und leicht zu übersehende Radwege bergen ein enormes
786 Unfallrisiko und erzeugen eine Unsicherheit, insbesondere bei Kindern und Senioren. Dieses
787 Unfallrisiko entsteht vor allem, durch Autofahrer, die den Radweg nicht als diesen erkennen
788 oder durch rechtswidriges Parken behindern. Durch diese sind die Radfahrer dazu
789 gezwungen auf die Fahrbahn auszuweichen, was zu schweren Unfällen führt.

790 **Forderung:**

791 Um die Sicherheit der Radfahrer zu gewährleisten benötigt die Hansestadt Hamburg klar
792 erkennbare Fahrradspuren, welche sich farblich stark von der Fahrbahn abheben.
793 Zusätzlich fordern wir spürbare Barrieren zwischen Auto- und Fahrradspur, damit auch
794 unaufmerksame Fahrer bemerken, wenn sie auf die andere Spur gelangen.

795 **Lösung/Verbesserung:**

796 Durch die deutliche farbliche Abhebung des Fahrradweges gegenüber der Fahrbahn, ist
797 dieser ganz klar erkennbar und somit sicherer für alle Verkehrsteilnehmer. Um in der
798 Vergangenheit aufgetretene Fehler zu vermeiden, empfinden wir eine umweltverträgliche
799 Farbe als notwendig. Unsere Farbwahl fällt hierbei auf ein knalliges/neon Rot. Diese Farbe
800 wird deutlich von Verkehrsteilnehmern wahrgenommen und schützt somit die Radfahrer.

801 → **Kostenfreie – günstige Abstellmöglichkeiten**

802 **Problem:**

803 Der Diebstahl von Fahrrädern verunsichert viele Radfahrer und führt zu einem verringerten
804 Gebrauch des Fahrrades.

805 **Forderung:**

806 Um der Verunsicherung der Radfahrer, dass Fahrrad an öffentlichen Plätzen abzustellen,
807 vorzubeugen muss ein Angebot an kostengünstigen und sicheren Abstellmöglichkeiten
808 geschaffen werden.

809 **Lösung/Verbesserung:**

810 Lösungen für kostengünstige Abstellplätze sind eingezäunte Fahrrad Parkplätze, wodurch
811 eine sichere Verwahrung der Fahrräder gewährleistet wird. Weitere Möglichkeiten stellen
812 abschließbare Container oder automatisierte Fahrrad-Parkanlagen dar.

813 → **Neue U-Bahn Anbindung**

814 **Problem:**

815 Die S3/S31 sind zwei der am stärksten ausgelasteten S-Bahn Linien in ganz Hamburg.
816 Täglich pendeln bis zu 100.000 Menschen mit der S3/S31, welche für derartige
817 Menschenmassen nicht ausgelegt ist. Durch diese Belastung werden die Bahnen einem
818 großen Verschleiß ausgesetzt. Der Bereich Finkenwerder ist mit großen Arbeitgebern wie
819 Airbus, mit über 10.000 Arbeitsplätzen, nicht gut an die Infrastruktur des Öffentlichen
820 Nahverkehrs angeschlossen.

821 **Forderung:**

822 Zur Entlastung der Linie S3/S31, schlagen wir eine neue U-Bahn Linie, welche ab
823 Neugraben über Finkenwerder in Richtung Altona verkehrt, vor.

824 **Lösung/Verbesserung:**

825 Neugraben Fischbek hat zur Zeit 30.000 Einwohner. Diese Einwohnerzahl wird durch
826 zahlreiche Bauprojekte wie Wohngebieten und Wohnanlagen bis 2023 auf bis zu 41.000
827 Einwohner steigen. Zusätzlich pendeln circa 30.000 Personen täglich in die Innenstadt, was
828 die Gesamtzahl von Fahrgästen auf circa 100.000 ansteigen lässt. Dieser Ausbau des
829 öffentlichen Personennahverkehrs ist besonders relevant, da in dem Stadtteil Finkenwerder
830 Großunternehmen wie Airbus mit bis zu 10.000 Arbeitnehmern ansässig sind. Nach ersten
831 Hochrechnungen beträgt die Länge der neu geplanten Strecke 16 Kilometer und würde den
832 Haushalt der Hansestadt Hamburg mit 1,2 Milliarden Euro belasten.

833 → **Flächendeckendes WLAN in allen Öffentlichen Verkehrsmitteln**

834 Wir fordern zudem als zusätzlichen Anreiz für die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel
835 eine flächendeckende Ausstattung aller Bahnen, Busse und Bahnstationen, bzw. größere
836 Bushaltestellen, des HVVs mit einem einheitlichen WLAN-Netzwerk.

837
838
839
840
841

→ **Tarifreform für Jugendliche**

842 Der Verkehrsausschuss fordert, dass Schüler, Studenten und Azubis für den Ermäßigten
843 Tarif (Kinder und Jugendliche bis einschließlich 14 Jahren) fahren dürfen.
844 Junge Bürger, die sich in einer Schul- oder Berufsausbildung befinden, können es sich meist
845 nicht leisten ihren Weg zur Lehrstelle mit dem öffentlichen Personennahverkehr eigenständig
846 zu finanzieren, obwohl sie auf die Nutzung angewiesen sind. Eine 9 Uhr Tageskarte erachtet
847 der Verkehrsausschuss als wenig sinnvoll, da der Unterricht an öffentlichen Schulen meist
848 um 8 Uhr morgens beginnt.

849 → **Neues Tarifsystem**

850 Langfristig fordern wir ein Tarifsystem nach Vorbild der Londoner Oyster-Card, weil wir das
851 jetzige Tarifsystem als zu kompliziert erachten. Dieses System ist deutlich gerechter, weil die
852 Preise nach Länge der Fahrstrecke gestaffelt werden und somit nur die tatsächliche Nutzung
853 des Öffentlichen Personen Nahverkehrs bezahlt wird.

854 Deshalb fordern wir eine „HVV-Card“, die nach dem Prinzip einer Prepaidkarte mit Geld
855 aufgeladen werden kann. In Bussen kann man die Karte an einen Scanner halten und das
856 Geld von der „HVV-Card“ abbuchen lassen. An Bahnsteigen wird mithilfe von Schranken der
857 Startbahnhof und das Ziel der Fahrt ermitteln und so die Abbuchung des Fahrkartenbetrages
858 kontrolliert. Dabei ist der maximale Betrag für einen Tag ist an dem Preis einer Tageskarte
859 gebunden. Dieses Konzept führt zu einem Rückgang der SchwarzfahrerInnen, Gerechtigkeit
860 und Übersichtlichkeit durch eine Vereinfachung des Tarifsystems.

861 → **365-Euro Ticket**

862

863 In unserer Sitzungswoche vom 16.09 bis 20.09, haben wir die Möglichkeit eines 365 Euro
864 Ticket im Verkehrsausschuss diskutiert. Wir kamen im Ausschuss nach sorgfältiger Prüfung
865 zu dem Beschluss, dass das 365 € Ticket derzeit nicht umsetzbar ist. Dies ist der Auslastung
866 von 98% der bestehenden Infrastruktur geschuldet, welche den steigenden Fahrgastzahlen
867 aus strukturellen Gründen nicht standhalten könnte. Zudem ist die Finanzierung für die
868 Umsetzung eines 365 Euro Tickets unrealistisch.

869 Weiter wäre der Vorschlag zur Investitionen in die Infrastruktur zu prüfen, da nur die Qualität
870 des Hamburger Verkehrsverbundes attraktive Anreize für die Alternative zur Automobilität
871 schaffen kann.

872
873
874
875
876
877

878
879
880
881
882
883
884

→ **Park and Ride**

885 Wir fordern den Aus- bzw. Neubau weiterer Park and Ride-Parkhäusern in den
886 Randbezirken und den ländlicheren Gebieten Hamburgs. Zudem fordern wir die Abschaffung
887 der Parkgebühren in den bestehenden Park and Ride-Parkhäusern. Zusätzlich wünschen wir
888 uns eine Kooperation mit größeren Arbeitgebern, die für ihre Mitarbeiter gegebenenfalls Park
889 and Ride-Parkplätze in den Außenbezirken schaffen, um die Firmenparkplätze in der
890 Innenstadt überflüssig zu machen. Um die kostenlosen Parkplätze für Pendler oder andere
891 Reisende mit dem öffentlichen Personennahverkehr zur Verfügung zu stellen, fordern wir
892 zudem die Parkplätze nur in Verbindung mit einem gültigen Fahrschein nutzbar zu machen.
893 Die Intention hinter dieser Forderung ist es somit, zu Stoßzeiten die Straßen in der
894 Innenstadt von zusätzlichem Individualverkehr zu entlasten. Deshalb wollen wir Pendler aus
895 Randbezirken oder andern Gebieten mit einem guten Angebot des öffentlichen
896 Personennahverkehrs dazu anregen, eine Teilstrecke ihres Arbeitsweges mit der S- U- oder
897 Regionalbahn zurückzulegen.

898

899 **Carsharing**

900 **Problem:**

901 Im Verkehrsausschuss haben wir uns mit verschiedenen Formen des Carsharings
902 auseinander gesetzt. Wir sehen hierbei besonders die Problematik in den Randbezirken von
903 Hamburg. Derzeit bestehenden Carsharing Angebote sind außerhalb der Innenstadt nur
904 vereinzelt und unzureichend vertreten, wodurch gerade Einwohner dieser Regionen, die auf
905 solche Angebote angewiesen sind um eine Anbindung an den Öffentlichen Personen
906 Nahverkehr zu erhalten, Carsharing nicht nutzen können.

907 **Forderung:**

908 Dar Carsharing Angebot, dabei sowohl das Freefloating als auch das stationsbasierte
909 Angebot der Unternehmen soll auf ländlichere Regionen bzw. Randbezirke von Hamburg
910 ausgeweitet werden. Denn ein Carsharing Auto kann bis zu 8 Autos ersetzen.

911 **Lösung:**

912 Personen werden durch das Carsharing Programm in den ländlichen Gebieten mehr an den
913 ÖPNV angebunden, da die Busse und Bahnen jeweils nur im Stundentakt fahren.

914 Es können sich mehrere Investoren aus den jeweiligen Orten zusammen tun und in das
915 Carsharingprojekt investieren. Ideen hierfür sind Ladesäulen und eine generelle
916 Finanzierung von E-Autos. Auf diesem Wege kann sich das Verkehrsaufkommen verringern

917 und es wird mehr Leuten die Möglichkeit gegeben auf den Öffentlichen Personen
918 Nahverkehr umzusteigen und die Anzahl der eigenen Autos zu verringern.

919 Um dies durchzusetzen, könnte man Carsharing Anbieter verpflichten zugeteilte
920 Randbezirke abzudecken.

921 **E-Scooter**

922 Seit dem 15. Juni 2019 ist es erlaubt mit E-Scootern auf deutschen Straßen zu fahren. Die
923 E-Scooter wurden eingeführt um auf Strecken ergänzend zum Öffentlichen Personen
924 Nahverkehr zu wirken, insbesondere die „letzte Meile“ (Strecke zwischen Haltestelle/Zielort)
925 soll so überbrückt werden. Des Weiteren soll er die Bevölkerung für E-Mobilität begeistern.

926 Die Umsetzung des Konzepts bringt aber viele Probleme mit sich. Angefangen bei der
927 Uneinigkeit, ob der E-Scooter teil des Straßen- oder Radverkehrs ist. Zudem ist zu sehen,
928 dass die Unfallgefahr mit E-Scootern deutlich gestiegen ist. Diesbezüglich wurden noch
929 keine deutschen Studien veröffentlicht, doch es lässt sich deutlich aus vergleichbaren
930 amerikanischen Studien ableiten.

931

932 → **Woran liegt die erhöhte Unfallgefahr?**

933

934 Zum einen hat ein E-Scooterfahrer keine Möglichkeit sein Abbiegevorhaben anzuzeigen.
935 Zum anderen wird der E-Scooter meist von unsicheren Fahrern genutzt, die auch nicht
936 wissen, wie und wo der E-Scooter zu fahren ist. Neben der Unfallgefahr ist auch die Nutzung
937 der E-Scooter zu kritisieren. Der eigentliche Nutzungsgedanke, das Überbrücken der „letzten
938 Meile“ ist in den Hintergrund getreten und der E-Scooter wird nun meistens zum Amüsieren
939 und von Touristen genutzt. Dies liegt daran, dass die Außenbezirke nicht zum Gebiet der
940 Anbieter gehören und somit die E-Scooter dort für den Weg Haus-Bahn nicht zur Verfügung
941 stehen.

942

943 **Forderung**

944 Um diese Unfallgefahr zu verringern fordern wir eine generelle Helmpflicht. Außerdem
945 fordern wir bei neuen Rollern den Anbau einer Anzeigemöglichkeit für das Abbiegen. Um das
946 Konzept der letzten Meile zu verwirklichen, schlagen wir vor anhand von einem
947 Pilotprojekten den Bedarf für die E-Scooter auszuloten. Als Vorbild soll dafür Voi in den
948 Walddörfern dienen. Die Problematik der „Juicer“ soll als Thema für die aktuelle Stunde der
949 Bürgerschaft vorgeschlagen werden.

950

951 **Label für das StadtRAD**

952 Beim bearbeiten des Themas der E-Scooter ist uns aufgefallen, dass das Alternativkonzept
953 des StadtRADs in unserer Generation weitestgehend unbekannt ist. Damit dieses Konzept
954 bekannter wird, schlagen wir vor ein „Label“ zu gründen. Ziel des Labels ist es, das
955 StadtRAD bekannter und beliebter zu machen, indem man den Trend den Gedanken etwas
956 Gutes tun zu wollen aufgreift. Hilfsorganisationen müssen sich um eine Partnerschaft
957 bewerben, um für jeden gefahrenen Kilometer mit dem StadtRAD einen festgelegten

958 Spendenbetrag zu erhalten.
959 Dieser Spendenbetrag wird von Partnerunternehmen gesammelt getragen.
960 Partnerunternehmen kann jedes Unternehmen werden, dass sich dazu verpflichtet einen
961 Mindestbetrag zu zahlen. Dieser Mindestbeitrag wird nach einer Probezeit in Abhängigkeit
962 zur Wirtschaftsstärke festgelegt.

963 Ausschuss Verkehr, Unterausschuss E-Scooter

964

965 **Elektroautos**

966 Ein weiterer Unterausschuss hat sich bei uns mit der Problematik der E-Automobile in der
967 Freien und Hansestadt Hamburg beschäftigt.

968 Die Elektrifizierung der Automobile in Hamburg kommt bisher nur langsam voran. Die E-
969 Autos werden bisher weiterhin gemieden, wohingegen die SUVs und andere, mit einem
970 Verbrennungsmotor ausgestattete, Fortbewegungsmittel weiterhin das Stadtbild bestimmen.

971 Das E-Automobil schwächelt bisher auf allen Ebenen. Die Reichweite ist stark limitiert und
972 die Ladezeiten sind eine Zumutung für alle kleinen Individual Reisenden. Der Strom ist
973 weiterhin so teuer, dass es kaum Kosten Einsparungen gegenüber den konventionellen
974 Kraftstoff gibt. Des weiteren sind E-Autos, die mit einem Akku betrieben werden nicht
975 geeignet für die Qualifikation eines klimaschonendes Fortbewegungsmittel. Sie verlagern nur
976 die Emissionen in das Ausland. Zudem gibt es noch keine Möglichkeit die Batterien zu
977 entsorgen geschweige denn zu recyceln. E-Autos sind eine Universallösung, die nur bei den
978 Bürgern ankommen wird, wenn Anreize geschaffen werden.

979 Die aktuellen Probleme sind an erster Stelle die Infrastruktur in Bezug auf die E-Autos und
980 Wasserstoffautos. Um besonders Wasserstoffautos in Hamburg attraktiver zu machen
981 fordern wir, dass die Forschung eben dieser weiter finanziert wird.

982 Zwar sind E-Autos eine gute Übergangslösung und bieten den „grüngewaschenen“ Schein,
983 dass sie emissionsärmer sind als herkömmliche Autos, allerdings wird von der Industrie nicht
984 weiter beleuchtet, inwiefern das der Wahrheit entspricht. Denn Tatsache ist: noch sind
985 batteriebetriebene E-Autos nicht emissionsärmer und somit nicht in der Lage, Diesel- oder
986 Benzinautos zu ersetzen. Steigende Forschungsgelder für die Erforschung der
987 Wasserstoffautos ist auf lange Sicht sinnvoller, als der Ausbau der Elektroinfrastruktur.

988

989 **Quelle (Carsharing):**

990 [https://www.focus.de/auto/news/autoabsatz/tid-28720/wie-carsharing-die-autobranche-](https://www.focus.de/auto/news/autoabsatz/tid-28720/wie-carsharing-die-autobranche-aufmischt-mein-auto-dein-auto-kein-auto-carsharing-in-deutschland-zahlen-und-fakten_aid_885814.html)
991 [aufmischt-mein-auto-dein-auto-kein-auto-carsharing-in-deutschland-zahlen-und-](https://www.focus.de/auto/news/autoabsatz/tid-28720/wie-carsharing-die-autobranche-aufmischt-mein-auto-dein-auto-kein-auto-carsharing-in-deutschland-zahlen-und-fakten_aid_885814.html)
992 [fakten_aid_885814.html](https://www.focus.de/auto/news/autoabsatz/tid-28720/wie-carsharing-die-autobranche-aufmischt-mein-auto-dein-auto-kein-auto-carsharing-in-deutschland-zahlen-und-fakten_aid_885814.html)

993 [https://www.carsharing.de/presse/pressemitteilungen/carsharing-statistik-2019-carsharing-](https://www.carsharing.de/presse/pressemitteilungen/carsharing-statistik-2019-carsharing-deutschland-weiter-auf-wachstumskurs)
994 [deutschland-weiter-auf-wachstumskurs](https://www.carsharing.de/presse/pressemitteilungen/carsharing-statistik-2019-carsharing-deutschland-weiter-auf-wachstumskurs)

995

996

997

998

999 **Resolution des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Integration**

1000

1001 Sehr geehrte Bürgerschaftspräsidentin,

1002 Sehr geehrte Abgeordnete der Hamburgischen Bürgerschaft,

1003 Der Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration von „Jugend im Parlament 2019“ hat sich
1004 in der letzten Woche mit den Themen Pflegenotstand, Menschenrechte und Stadtteile mit
1005 einem hohen Einkommen von gering verdienenden Menschen.

1006 Durch zahlreiche Debatten untereinander und Informationen, die wir aus den Konversationen
1007 mit Abgeordneten der Hamburgischen Bürgerschaft mitgenommen haben, wurden unsere
1008 Positionen formuliert. Demzufolge sind wir auf einige Fakten aufmerksam geworden, bei
1009 denen unseres Erachtens Reformen möglich und teilweise notwendig sind. In der Ihnen
1010 vorliegenden Resolution, sind unsere Ideen und Vorschläge aufgeführt.

1011 Unser Ausschuss wurde in drei Unterausschüsse geteilt, um eine bessere Fokussierung zu
1012 ermöglichen. Unsere Gesamtresolution ist das Ergebnis einer sehr engen Zusammenarbeit
1013 aller Unterausschüsse und Mitglieder.

1014

1015 **Menschenrechte**

1016 **Präambel**

1017 Angesichts der ökonomischen Entwicklung unserer Stadt wird deutlich, dass die
1018 Armutsgefährdungsquote immer weiter steigt. Der Ausschuss für Soziales, Arbeit und
1019 Integration von Jugend im Parlament 2019 hat sich im Rahmen der Menschenrechte mit
1020 hoher Priorität mit der relativen Armut und der ungleichen Verteilung der Chancen in der
1021 Gesellschaft befasst.

1022 Laut Grundgesetz ist die Würde des Menschen unantastbar und somit ist der Staat dazu
1023 verpflichtet eine Existenzsicherung für alle Mitglieder der Gesellschaft zu gewährleisten.
1024 Außerdem haben alle Menschen laut dem Artikel 23, der allgemeinen Erklärung der
1025 Menschenrechte, das Recht auf Arbeit und gerechter Vergütung, damit jedem Bürger ein
1026 Schutz vor Arbeitslosigkeit garantiert werden kann.

1027 Nach unseren Recherchen sind wir davon überzeugt, dass in den Bereichen Kinder-, Alters-
1028 und Migrantenarmut Maßnahmen zu treffen sind.

1029 In Deutschland leben ca. 6 Millionen Menschen, die von Armut betroffen sind. Darunter sind
1030 2 Millionen Kinder und Jugendliche. In Hamburg leben rund 53.648 Kinder und Jugendliche,
1031 die von Armut betroffen sind.

1032 Diese Anzahl ist unregelmäßig in verschiedenen Stadtteilen verteilt. Durchschnittlich ist jedes
1033 fünfte Kind von Harz IV betroffen. Zu den ärmsten Stadtteilen zählen Billbrook (70,1%),
1034 Steilshoop (46,4%), Veddel (42,9%) und Hammerbrook (40,1%). Die häufigste Ursache für
1035 der Armut in Hamburg der Mangel an staatlicher Unterstützung.

1036 Der Soziale Stand hängt oft mit dem Arbeitseinkommen der Eltern zusammen. Wenn beide
1037 Elternteile nicht erwerbstätig sind, liegt das Armutsrisiko bei 64%, bei Alleinerziehenden 44%

1038 und bei Familien mit mehreren Kindern 25%. Außerdem können Familien mit geringem
1039 Einkommen die Freizeitaktivitäten und kulturelle Veranstaltungen schwer finanzieren.

1040 Als Ursachen erkennen wir unter anderem Ungleichheiten der Chancen im Bildungssystem,
1041 Vererbung des Reichtums und der Armut, Ineffizienz des Hartz IV und allgemeiner Mangel
1042 an Investition in die Soziale Absicherungen an.

1043

1044 **Forderung und Lösungsansätze**

1045 **Erhöhung des Mindestlohns**

1046 Der Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration fordert eine deutliche Erhöhung des
1047 Mindestlohns auf mindestens 12€, um Altersarmut langfristig zu vermindern und um die
1048 allgemeine Lebensqualität der Mitbürger mit geringem Einkommen zu verbessern. Diese
1049 Erhöhung des Mindestlohns dient auch zur Verbesserung der Miet- und Wohnverhältnisse.
1050

1051 **Steuerreform für Geringverdiener**

1052 Um Geringverdienern die Möglichkeit zu geben Ihre Existenz zu sichern, schlagen wir eine
1053 Abschaffung der Einkommenssteuer für Geringverdiener vor. Um dies zu verwirklichen
1054 müssen wir festlegen wer Anspruch auf ein un versteuertes Einkommen hat.

1055 Aus diesem Grund fordern wir eine Befreiung von der Einkommensteuer bei einem
1056 Bruttoeinkommen bis 1700€ monatlich. Dadurch wird es attraktiver einen Beruf auszuüben
1057 und nicht in die Arbeitslosigkeit zu geraten und Hartz IV zu empfangen.

1058

1059 **Erhöhung des Harz IV**

1060 Angesicht der Steigerung der Armutsgefährdung in Hamburg fordern wir eine deutliche
1061 Erhöhung des Hartz IV Unterhaltsgeldes auf 600€, um die Lebensqualität der Bedürftigen zu
1062 verbessern. Die Erhöhung von Hartz IV wäre im Fall der Umsetzung zur Förderung der
1063 „Steuerreform der Geringverdiener“. Wobei die Menschen, die Arbeitstätig sind, zur
1064 Aufnahme einer Erwerbstätigkeit besser motiviert werden.

1065

1066 **Sozialkarten**

1067 Der Ausschuss fordert eine Stärkung der Unterstützung von bedürftigen Bürgern, indem das
1068 Konzept der Sozialkarte optimiert wird. Dies soll in Form einer stärkeren finanziellen
1069 Unterstützung der Sozialkarteninhaber stattfinden.

1070 Dies bedeutet, dass die Kosten für die öffentlichen Verkehrsmittel erheblich zu größeren
1071 Anteilen vom Staat übernommen werden. Die Inhaberinnen und Inhaber der Sozialkarte
1072 sollten freien Zugriff auf Weiterbildungseinrichtungen wie Museen oder Bibliotheken erhalten
1073 und freien, oder ermäßigten Zugang zu kulturellen und gesellschaftlichen Aktivitäten und
1074 Aktionen erhalten.

1075 Dabei bleibt allerdings zu beachten, dass der ermäßigte Preis erheblich niedriger als der
1076 Normalpreis, also im sozialen Rahmen, sein muss.

1077

1078 **Arbeits- und Integrationsprogramm für geduldeten Asylsuchende**

1079 Wir definieren die Migrantinnen und Migranten als die größte Bevölkerungsgruppe, die von
1080 der relativen Armut betroffen sind. Dies ist bei geduldeten Flüchtlingen beunruhigend, da
1081 diese keine Arbeitserlaubnis haben und deren Existenz lediglich durch Sozialhilfe und Hartz
1082 IV gesichert wird. Die geduldeten Flüchtlinge sind somit gehindert eine Arbeitstätigkeit
1083 aufzunehmen und eine bessere Lebensqualität anzustreben.

1084 Aus den obengenannten Gründen fordert der Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration
1085 die Gewährleistung der Arbeitserlaubnis aller geduldeten Flüchtlinge, diese sollte unserer
1086 Meinung nach durch ein „Arbeits- und Integrationsprogramm“ gelingen. Wobei die
1087 Geduldeten verpflichtet sind, bestimmte Integrationskurse zu besuchen und zeitgleich
1088 erhalten sie die Erlaubnis eine Teilzeitige Erwerbstätigkeit zu belegen. Wenn die
1089 Sprachkenntnisse mindestens dem Niveau von A2 entsprechen.

1090

1091 **Besteuerung der Millionäre und Erben in Millionenhöhe**

1092 Unser Ausschuss ist davon überzeugt, dass Wohlstand und Armut nicht vom Erbe abhängig
1093 sein dürfen. Aus diesem Grund schlagen wir zwei Lösungsansätze vor, welche für eine
1094 gerechtere und effizientere Wohlstandserhaltung sorgen sollen.

1095 Um unsere Forderung zu finanzieren schlagen wir folgende 2 Steuerkonzepte vor:

1096 In einer Stadt, wo 42.000 Millionäre und sogar 18 Milliardäre leben fordern wir eine
1097 erhebliche Steigerung der Steuer auf Erbschaften, welche sich in Millionenhöhe bewegen.

1098 Außerdem fordern wir die Wiedererhebung der Vermögenssteuer.

1099

1100

1101

1102 **Stadtteile mit hohem Anteil an geringem Einkommen**

1103 **Soziallage**

1104 In der Freien Hansestadt Hamburg zeigt sich trotz florierender Wirtschaft bestehende soziale
1105 Segregation.

1106 Menschen mit geringem bis gar keinem Einkommen sind aus finanziellen Gründen dazu
1107 gezwungen in Stadtteilen zu wohnen, in denen die Mieten niedrig sind. Aus dieser Situation
1108 heraus entstehen Gebiete, welche sich von dem Allgemeinbild Hamburgs abheben und
1109 Armut repräsentieren. Sie zeichnen sich aus durch: schlechte Infrastruktur, ungenügende
1110 Bildungsressourcen, eine hohe Kriminalitätsrate, ein überwiegender Migrantenanteil und
1111 hohe Arbeitslosenrate, sowie viele Sozialhilfeempfänger.

1112 Laut Daten des statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein geht hervor, dass im
1113 Dezember 2017 der prozentuale Anteil an Arbeitslosen bei den 15 – 64 Jährigen im Bezirk
1114 Hamburg-Mitte bei 6,9% lag. Diese Zahlen werden besonders durch bestimmte Stadtteile,
1115 wie zum Beispiel: Billstedt, Wilhelmsburg, Billbrook und anderen negativ beeinflusst. Dies
1116 führt automatisch zu höheren Kriminalitätsraten und den daraus resultierenden geringen
1117 Einkommen der Stadtteile.

1118 **Lösungsvorschläge**

1119 Anhand der genannten Probleme entstanden folgende Lösungsvorschläge, die den
1120 Stadtteilen Verbesserungen bieten:

1121 Um die Konzentration der Armut in belasteten Stadtteilen zu lockern, wäre es hilfreich mehr
1122 sozialen Wohnraum in wohlhabenden Gebieten zu schaffen. Dementsprechend sollte bei
1123 Neubauten festgelegt sein, dass mindestens 30% der erbauten Wohnungen als
1124 Sozialwohnungen dienen.

1125 Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Infrastruktur der sozial schwächeren Stadtteile, welche
1126 besser an die Stadt angebunden werden sollten, um diesen Lebensraum attraktiver für
1127 Arbeitnehmer zu gestalten und die soziale Interaktion der verschiedenen Klassen zu fördern.
1128 Ein Beispiel dafür ist der Ausbau der U-Bahn mit der Linie U5, diese verbindet Steilshoop mit
1129 den Hauptverkehrsknoten Hamburgs und ermöglicht nach der Eröffnung einen guten
1130 Austausch zwischen den Gesellschaftsschichten. Durch Sanierungen und Erneuerungen in
1131 den genannten Stadtteilen, wird das Gesamtbild aufgewertet. Dies führt zu einem
1132 gepflegteren Eindruck und weist einen positiven Wandel auf.

1133 Nicht nur optisch, sondern auch bildungstechnisch sollte mit Investitionsgeldern
1134 nachgeholfen werden, um auch den Stadtteilschülern ein besseres Lernumfeld zu bieten. Zu
1135 dem mangelt es an kompetenten Lehrkräften und Sozialarbeitern, wodurch Schüler und
1136 Schülerinnen unzureichend für die zukünftige Arbeitswelt qualifiziert werden.

1137 Ein weiterer Ansatz, um die Kluft zwischen Arbeitnehmern und gemeinnützigen
1138 Sozialhilfeempfängern zu verringern wäre eine Erhöhung des Mindestlohns. Diese
1139 Veränderung trägt dazu bei, dass Harz IV nicht mehr als leichter Ausweg gesehen wird und
1140 Menschen dazu motiviert werden, einer festen Arbeit nachzugehen.

1141 Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Integration von Migranten, was insofern ein Problem
1142 darstellt, dass ihnen zu wenig Entwicklungsmöglichkeiten geboten werden. Dagegen kann
1143 vorgegangen werden, indem mehr soziale Projekte wie Deutschkurse und Kurse zur
1144 Lebensvorbereitung finanziell gefördert werden. Außerdem sind die Migranten in den
1145 meisten ärmeren Vierteln die Mehrheit, sodass keine Integration stattfinden kann, da es
1146 keine Durchmischung der bereits Beständigen und der neu zugezogenen Bevölkerung gibt.
1147 Dagegen kann präventiv vorgegangen werden, indem Asylanten früh in die Gesellschaft
1148 eingegliedert werden, wodurch die Interaktion zwischen den verschiedenen Kulturen
1149 stattfinden kann.

1150 All diese Lösungsvorschläge würden betroffene Stadtteile im inneren Kern stärken und
1151 entlasten.

1152

1153 **Forderungen**

1154 Aus unseren Lösungsvorschlägen heraus ergeben sich folgende Forderungen.

1155

- 1156 • In jedem Stadtteil bei Neubauten mindestens 30% für sozialen Wohnraum nutzen.
- 1157 • Bessere Infrastruktur durch ÖPNV schaffen.
- 1158 • Für Aufwertung der Stadtteile durch Sanierungen und Erneuerungen sorgen.

- 1159 • Mehr Fördergelder für Bildungseinrichtungen und Sozialprojekte.
- 1160 • Den Mindestlohn auf 12 Euro erhöhen.
- 1161 • Sprachförderungen für Migranten.

1162

1163

1164 **Pflegenotstand**

1165 **Wie definieren wir Pflegenotstand**

1166 Der demographische Wandel wirkt sich auf viele Bereiche der Gesellschaft aus. Durch den
1167 zunehmenden Anteil der älteren Bevölkerung, kommt es zu einem Ungleichgewicht zwischen
1168 Arbeitern und Rentnern. Dies hat nicht nur Auswirkung auf die Rentenversicherung, sondern
1169 auch auf den Bereich Pflege. Immer mehr Menschen sind auf Pflege angewiesen, wobei es
1170 den Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern an Fachpersonal mangelt. Die Konsequenz
1171 ist, dass eine angemessene bzw. ausreichende Pflege oftmals nicht sichergestellt werden
1172 kann. Aufgrund dessen ist es ebenfalls nicht möglich, entsprechende Kapazitäten in den
1173 Altersheimen und Pflegeheimen sicher zu stellen. Es leiden nicht nur die Pflegebedürftigen
1174 unter diesen Zustand, sondern auch das Pflegepersonal.

1175

1176

1177 **Imagepflege des Berufes**

1178 Wir definieren den Pflegenotstand vor allem über den Personalmangel. Somit haben wir uns
1179 primär mit der Frage beschäftigt: Woraus resultiert dieser Personalmangel?

1180

1181 Im Zuge unserer Recherche haben wir festgestellt, dass jährlich viele Ausbildungsplätze im
1182 Bereich Pflege nicht besetzt werden, aufgrund fehlender Bewerber. Wir sehen als mögliche
1183 Ursache die mangelnde Aufklärung über den Beruf der Pflegerin bzw. Pfleger.

1184 Außenstehende assoziieren mit dem Berufsfeld oftmals eine schlechte Bezahlung. Dabei
1185 liegt die Ausbildungsvergütung (mtl. ca. 1 150 € Brutto) deutlich über der
1186 Durchschnittsvergütung (mtl. 908 € Brutto) und auch das Einstiegsgehalt (mtl. 2 300 € – 3
1187 200 € Brutto) ist in der Regel angemessen für einen Ausbildungsberuf. Des Weiteren haben
1188 jüngere Leute, für die eine Ausbildung attraktiv wäre, meist eine negative Vorstellung von
1189 dem Aufgabenfeld einer Pflegerin bzw. eines Pflegers. Der Respekt und die Scheu vor dem
1190 intimen Kontakt mit den Pflegebedürftigen schrecken viele Menschen ab.

1191 **Wir fordern:**

1192 Der Zustand der Pflegebedürftigkeit ist nicht selten ein Teil des Lebens und sollte unserer
1193 Meinung nach bereits frühzeitig thematisiert werden. Wir fordern ein soziales Praktikum
1194 innerhalb der Schulzeit. So erhalten Schülerinnen und Schüler einen Einblick in soziale
1195 Berufe, sodass sie eine konkretere Vorstellung in soziale Beruf Felder erhalten. Durch die
1196 Begrenzung bei der Durchführung von Praktika auf Stadteilschulen, suggeriert man den
1197 Eindruck, dass ein Beruf im sozialen Bereich vorrangig nicht für Abiturienten geeignet ist.
1198 Daher müssten Sozialpraktika an allen Schulformen umgesetzt werden.

1199

1200 **Entlastung des Pflegepersonals**

1201

1202 Neben der anspruchsvollen Arbeit als Pflegerin bzw. Pfleger fallen häufig auch kleinere
1203 Aufgaben, wie z.B. die Betreuung oder das Einkaufen der Lebensmittel an. Auch diese
1204 Aufgaben müssten grundsätzlich durch eine Pflegekraft übernommen werden und ist sehr
1205 zeitintensiv. Eine Option wäre auch eine ungelernete Kraft mehr zu integrieren, in Form eines
1206 „freiwilligen Helfer“. Das Freiwillige Soziale Jahr wird häufig nur dann gewählt, wenn man
1207 keine Vorstellung hat wohin der eigene Weg nach der Schule führen soll. Darüber hinaus ist
1208 die Vergütung innerhalb eines sozialen Jahres eher gering, weshalb abgehende Schüler
1209 häufig lieber einen Aushilfsjob, der zumindest den Mindestlohn einbringt, wählen.
1210 Selbstredend ist jemand der ein soziales Jahr absolviert, keiner vollwertigen Pflegekraft
1211 gleichzusetzen. Dennoch könnten zumindest assistierende Tätigkeiten ausgeübt werden, um
1212 für Entlastung zu sorgen.

1213

1214 **Wir fordern:**

1215 Ein Freiwilliges Soziales Jahr ist ein Dienst an der Gemeinschaft und sollte entsprechend
1216 anerkannt werden. Ein Beispiel dafür ist die Leuphana Universität in Lüneburg, wo ein
1217 absolviertes soziales Jahr einen Vorteil bei der Unibewerbung mit sich bringt, in dem sich der
1218 Nachweis positiv auf den Numerus Clausus auswirkt.
1219 Wir fordern, dass auch in Hamburg mehr Anreize für ein Freiwilliges Soziales Jahr
1220 geschaffen werden. Abiturienten tendieren mittlerweile häufig zum Studium nach der Schule.
1221 Für wen eine Immatrikulation jedoch am Numerus Clausus scheitert und kein
1222 zulassungsfreier Studiengang eine Alternative ist, muss in der Regel ein Jahr oder länger auf
1223 seinen Studiengang warten. Wir fordern, die Anrechnung des Freiwilligen Sozialen Jahres
1224 auf den Numerus Clausus, sowie auf die Höhe des ausgezahlten BAföG.

1225

1226 **Vorteile schaffen für Pflegerin bzw. Pfleger**

1227 Auch die ambulante Pflege ist ein großer Bestandteil der Pflegeleistungen, diese erfordert
1228 allerdings auch die Mobilität des Pflegepersonals. Eine Voraussetzung, um die Mobilität zu
1229 gewährleisten ist häufig ein Führerschein, bzw. die Anbindung durch öffentliche
1230 Verkehrsmittel. Hier drin liegt bereits eine erste Hürde vor Aufnahme der Beschäftigung, da
1231 dies oft mit hohen Kosten verbunden ist.

1232

1233 **Wir fordern:**

1234 Eine erhöhte Mobilität würde ebenfalls zur Entlastung der Pflegekräfte führen, da das
1235 zeitliche Management besser handelbar wäre. Wir fordern deshalb, dass mit Beginn einer
1236 Ausbildung im Bereich Pflege, ein Zuschuss für einen Führerschein gewährleistet werden
1237 soll. Auch fordern wir für Pflegekräfte Vergünstigungen beim Hamburger Verkehrsverbund,
1238 wodurch weitere Anreize für die Ausbildung geschaffen werden könnten.

1239

1240 **Faire Bezahlung auf allen Ebenen**

1241 Durch den Verkauf der Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen hat der Staat wenig Einfluss
1242 auf die Vertragsbedingungen bzw. die Bezahlung der Pflegekräfte. Wie bereits oben genannt

1243 ist die Bezahlung im Bereich der Pflege grundsätzlich angemessen für einen
1244 Ausbildungsberuf. Dennoch gibt es unserer Meinung nach einige Ungerechtigkeiten bei der
1245 Vergütung. So wird häufig bei kleineren privaten Pflegediensten ein sehr viel geringes Gehalt
1246 ausgezahlt. Auch sollte es keine gravierenden Unterschiede zwischen Altern- und
1247 Behindertenpflege geben.
1248

1249 **Wir fordern:**

1250
1251 Eine menschenwürdige Pflege ist unabdingbar und es liegt auch in der Verpflichtung des
1252 Staates diese sicher zu stellen. Der Staat hat sich deshalb dafür einzusetzen, dass auch bei
1253 privaten Pflegediensten eine Mindestvergütung erfolgt. Angelehnt an die
1254 Vertragsbedingungen der größeren Pflegeeinrichtungen bzw. Krankenhäusern. Wir fordern
1255 außerdem, dass das Gehaltsniveau für die Altenpflege angehoben wird, entsprechend der
1256 Vergütung für die Behindertenpflege.

1257

1258

1259

1260 Wir bedanken uns herzlich bei den folgenden Abgeordneten und Experten für die
1261 ausführlichen und informativen Gespräche:

1262	Dirk Nockemann	AFD
1263	Daniel Oetzel	FDP
1264	Olaf Duge	Grüne
1265	Dr. Monika Schaal	SPD
1266	Gulfam Malik	SPD
1267	Ole Thorben Buschhüter	SPD
1268	Dr. Carola Enssten	Linke
1269	Dr. Claas Schüddekopf	Gesundsheitsbehörde
1270	Wolfgang Ploog	CDU
1271	Mareike Engels	Grüne
1272	Filiz Demirel	Grüne
1273	Kazim Abaci	SPD

1274

1275 Mitglieder des Sozialausschusses:

1276 Ali Bordbar Jahantighi Vorsitzende, Sprecher

1277 Chinedu Nnaji Stellvertretende Vorsitzende

1278 Aleksandra Wozniak

1279 Berzan Kaya
1280 Gillian Petzak
1281 Estoril Hansen
1282 Joseph Anthony Omorogbe
1283 Konstantin Krieger
1284 Alexander Schmieding
1285 Damian Bloeck
1286 Arzum Nese Demir
1287 Dilara Kocagöl
1288 Aleyna Seda Sarikaya
1289 Philip Gohlke
1290 Oskar Genegel
1291 Leonard Schumacher
1292 Marlie Lasswig
1293 Alexej Murashov
1294 Malte Jenssen
1295 Antonia Mechela
1296 Alessandro Testa
1297 Michael Sondermann
1298 Katharina Harms
1299 Emma Schleede
1300 Noah Schulte Hemming
1301 Katharina Novitski
1302
1303
1304
1305
1306
1307
1308
1309

1310 **Resolution des Europausschusses**

1311

1312 **EU-Problematiken im Gesamtkontext**

1313

1314 **Struktur:**

- 1315 • Wirtschaft & Finanzen
- 1316 • Umweltpolitik
- 1317 • Außenpolitik
- 1318 • Soziokulturelles

1319

1320 **Präambel**

1321 Seit 26 Jahren besteht die Europäische Union (EU) mit nunmehr 28 Mitgliedsstaaten als eine
1322 der größten Landesübergreifende Vereinigung weltweit. Entstanden aus der Europäischen
1323 Wirtschaftsunion baut es auf den Gründungsmaximen von Frieden durch Wohlstand, sprich
1324 also unter anderem wirtschaftlicher Stärke und vor allem Freiheit. Eben diese Werte
1325 scheinen jedoch aufgrund angehender Ereignisse ihre Standhaftigkeit zu verlieren. Als große
1326 Macht tritt die EU trotzdem auf: Der Binnenmarkt als der größte seiner Art, sowie die
1327 weitreichenden Handelsverträge sichern die wirtschaftliche Stärke, fordern aber auch
1328 einerseits klare Auflagen und Regelungen, und treffen andererseits auch nicht unbedingt auf
1329 alle Mitgliedsstaaten zu. Zudem hallen insbesondere um die Außenpolitik Stimmen aus den
1330 verschiedensten politischen Gruppen und macht sie somit zu einer großen, vor allem auch
1331 humanitären Baustelle, die die EU zu tragen hat. Doch auch innerpolitisch gibt es seit einiger
1332 Zeit größere Unruhen. Die Brexit-thematik nahm erst kürzlich neue Ausmaße an und stellt
1333 die EU vor die Herausforderung sich von einem großen Zahler und Handelspartner zu
1334 trennen, wobei die Umstände von derselben kaum klar geregelt werden können.

1335 Vor diesem Hintergrund ist es nun besonders wichtig sich als Wertegemeinschaft zu
1336 profilieren und den europäischen Gedanken aufrechtzuerhalten. Um all dies im Kontext der
1337 strukturellen Veränderungen nicht zu verlieren, müssen diverse Veränderungen getätigt
1338 werden, die wir in unseren Forderungen an die Hamburger Bürgerschaft, beziehungsweise
1339 die an die EU weiterzugebenen Forderungen definieren:

1340

1341 **Wirtschafts- und Finanzpolitik**

1342 **Einleitung**

1343 Die gesamte europäische Union baut ursprünglich auf der 1957 gegründeten
1344 Wirtschaftsunion auf. In diesem Zuge ist die EU-Wirtschaft einer der prägnantesten Punkte
1345 des Systems. Die EU soll den Mitgliedsstaaten durch den Binnenmarkt und hinreichenden
1346 Handelsabkommen mit Staaten außerhalb der EU wirtschaftliche Stärke und wirtschaftliche
1347 Freiheit verleihen. Durch den Zusammenschluss von 28 Staaten macht es das zum stärksten
1348 Binnenmarkt weltweit und tritt mit einem kombinierten Bruttoinlandsprodukt von 15,9

1349 Billionen Euro²² als sehr große wirtschaftliche Kraft auf. Trotzdem wird die Stabilität dieser
1350 Wirtschaft in dieser vom Umbruch geprägten Zeit immer wieder neu auf die Probe gestellt.
1351 Das betrifft aktuelle Ereignisse, wie die Handhabung des Klimaschutzes und insbesondere
1352 des Brexits und seine Auswirkungen, aber auch Generalentwicklungen, wie die
1353 Digitalisierung und das Verarbeiten erheblicher Datenmengen. Unter den Themen des
1354 Binnenmarkts, der Wettbewerbspolitik, dem Leitzins und Hauptfinanzierungssatz sowie den
1355 wirtschaftlichen Auswirkungen des Brexits.

1356

1357 **Binnenmarkt**

1358 Wie bereits angesprochen ist der europäische Binnenmarkt einer der größten Erfolge und
1359 definierend für die EU. Dabei orientiert er sich an vier Grundfreiheiten: Freier Warenverkehr,
1360 Personenfreizügigkeit, Dienstleistungsfreiheit sowie freier Kapital- und Zahlungsverkehr. Das
1361 Ziel der EU ist damit EU-Bürgerinnen und -Bürger zu ermöglichen in allen EU-Ländern
1362 studieren, wohnen, einkaufen, arbeiten oder ihren Ruhestand zu verbringen. Zudem sollen
1363 sie aus einem umfangreichen Angebot an Produkten auswählen können. Diese Freiheiten für
1364 Verbraucher, aber vor allem auch für Unternehmen fördert nicht nur die schnelle
1365 Fortschreitung der Globalisierung, sondern sichert durch den ausgeprägten Handel die
1366 wirtschaftliche Stärke der Mitgliedsstaaten. Essenziell um dies zu gewährleisten, ist zudem
1367 die Beseitigung technischer, rechtlicher und bürokratischer Hindernisse. Ein immer wichtiger
1368 werdender Teil des Binnenmarkts ist somit der Weg zum digitalen Binnenmarkt. Dieser soll
1369 neben der Förderung von wettbewerbsorientiertem Wachstum Europas Industrie
1370 umgestalten und für einen expandierenden Markt neue Produkte und Dienstleistungen
1371 schaffen. Das Wachstumspotenzial der digitalen Wirtschaft soll unter anderem damit
1372 ausgeschöpft werden. Dabei gestalten sich Informationstechnologien als wichtiger Teil der
1373 Strategie für das Wirtschaftswachstum, all dies erfordert dabei aber auch eine
1374 Harmonisierung von europäischen Gesetzen und Landesgesetzen, um eine
1375 flächendeckende Umsetzung zu gewährleisten.

1376 • Wir fordern eine stärkere Subventionierung und gesetzliche Festlegung des
1377 flächendeckenden Breitbandausbaus, sodass eine LTE-Abdeckung von 90% bis
1378 2025 in jedem Mitgliedsstaat besteht. Des Weiteren soll es allgemein bindende
1379 Gesetze für die einzelnen Mitgliedsstaaten geben, die den Zugang zu Internet als ein
1380 Recht vorsehen.

1381 Die digitale Wirtschaft steht im ständigen Umbruch: Sie wächst sieben Mal schneller als
1382 Realwirtschaft, wobei vor allem der Breitbandbezug einen immensen Einfluss hat.
1383 Entsprechende Forderungen diese auszubauen sind neue Vorschriften zur Kostensenkung,
1384 Empfehlungen über Zugangsnetze der nächsten Generation sowie überarbeitete Leitlinien zu
1385 staatlichen Beihilfen für Breitbandzugang. Ziel ist der bessere Zugang der Unternehmen und
1386 des Verbrauches, welches bereits in einer der 16 Initiativen vorgestellt wurde. Nur 15% der
1387 Bevölkerung machen Online-Einkäufe in anderen EU-Ländern und nur 7% der kleinen
1388 Unternehmen verkaufen Waren oder Dienstleistungen über EU-Grenzen hinweg. Gerade in
1389 diesem unternehmerischen Kontext ist Zugang zur digitalen Wirtschaft überlebenswichtig.
1390 Big Data, sprich Datenmengen, welche beispielsweise zu groß, komplex, schnelllebig oder

²² Statista; Bruttoinlandsprodukt (BIP) in der Europäischen Union:
<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/222901/umfrage/bruttoinlandsprodukt-bip-in-der-europaeischen-union-eu/> (18.09.2019; 10:15 Uhr)

1391 schwach strukturieren, um sie mit herkömmlichen Methoden der Datenverarbeitung
1392 auszuwerten. Dafür werden neue, im Zweifel ausgelagerte Technologien benötigt, was
1393 wiederum eine adäquate Breitbandanbindung voraussetzt.

1394 • Wir fordern die Ermöglichung einer eingeschränkten Teilnahme für nicht EU-Staaten
1395 am Binnenmarkt, beziehungsweise Erweiterungen der Handelsabkommen, sofern die
1396 betreffenden Nationen bestimmten, von der EU festgelegten Menschen- und
1397 Völkerrechtsbestimmungen entsprechen. Als Orientierungsansatz dient die
1398 europäische Menschenrechtskonvention. Zudem legen sie je nach Risiko eine
1399 unterschiedlich hohe Wertanlage für die EU zurück, die ein minimales finanzielles
1400 Risiko für die EU garantiert. Vorher müssen Maßnahmen geschaffen werden, dass
1401 ein Land bei Verstößen innerhalb eines Monats aus dem Konstrukt ausgeschlossen
1402 werden kann.

1403 Der Außenhandel der EU ist maßgeblich für den wirtschaftlichen Erfolg der Vereinigung.
1404 „Handelsabkommen sind [dabei] keine Allheilmittel, aber sie sind ein wichtiges Werkzeug um
1405 Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze in ganz Europa zu sichern“²³. Der Wohlstand der EU
1406 beruht auf einem freien und offenen Welthandel, weswegen allein 31 Millionen Arbeitsplätze
1407 vom Export abhängen²⁴. Das entspricht fast jedem siebten Arbeitsplatz in Europa.
1408 Hauptsächlich profitieren dabei kleine und mittelgroße Unternehmen von dem Freihandel:
1409 Große Unternehmen haben in der Regel genügend Ressourcen sich auch in stark
1410 regulierten Räumen zu bewegen. Um mit Abkommen aber nicht nur die EU zu unterstützen,
1411 sondern die hiesigen Gedanken von Demokratie und Menschenrechten auch anderen
1412 Ländern in der Form näherzubringen sind, ähnlich wie bei der Umweltpolitik, Anreize nötig.
1413 Diese belaufen sich hierbei eben auf erweiterte Handelsabkommen, wo man fast von einer
1414 vollständigen Inklusion in den Binnenmarkt sprechen kann. Damit können in dem
1415 Zusammenhang auch wirtschaftlich schwächere EU-Mitgliedsstaaten gefördert werden.
1416 Dadurch wollen wir die von der EU 2015 vorgestellte Strategie einer wertebasierten
1417 Handelspolitik weiterverfolgen. Wichtig ist aber natürlich auch, dass die EU ein
1418 kleinstmögliches Risiko bei derartigen Verträgen hat, was die Wertanlage und die schnelle
1419 Austrittsmöglichkeit sichern. Gerade im Kontext des Handelskrieges zwischen den USA und
1420 China, wobei es auch bei der EU zu Zollerhöhungen kam, ist eine Maßnahme zu
1421 handelspolitischer Stabilität besonders wichtig.

1422

1423 **Wettbewerbspolitik und Geldpolitische Entwicklung**

1424 In einem so großen und komplexen Handelssystem sind natürlich klarstellende Richtlinien
1425 erforderlich, die den Grad dazwischen finden müssen, den Markt gleichzeitig in einen fairen
1426 Wettbewerb zu bringen und auf der anderen Seite erhebliches Staatseingreifen vermeidet.
1427 Gerade im Zeitalter großer marktbeherrschender, wenn nicht sogar monopolistischer
1428 Technologie-Unternehmen muss sich die Frage gestellt werden in wie weit reguliert werden
1429 darf.

1430 • Wir fordern, dass Unternehmen ab einem Marktanteil von über 50% ihren Gewinn in
1431 alle den EU-Staaten versteuern müssen, wo sie diesen erwirtschaften.

²³ Cecilia Malmström, Handelskommissarin der EU

²⁴ Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland; „Die Handelspolitik der EU“:
https://ec.europa.eu/germany/handelspolitik_der_eu_de (18.09.2019, 16:22 Uhr)

1432 Die derzeitige Situation zeigt im EU-Rechtssystem maßgebliche Lücken auf, die von
1433 ausländischen Unternehmensgiganten genutzt werden können, so beispielsweise Amazon,
1434 Apple oder Starbucks. Diese siedeln sich derzeit vor allem in Irland an, wo in den 90er
1435 Jahren als Folge der bürgerkriegsähnlichen Zustände Unternehmensansiedlungen gefördert
1436 werden sollte: Das passierte vor allem durch Steuerbegünstigungen, die aber letztendlich
1437 von den Unternehmen als Steueroase ausgenutzt wurde. Als Analogie lässt sich hier
1438 Delaware als kaum unternehmens-besteuernde Stadt. Die Schwierigkeit, dass Unternehmen
1439 ihre Gewinnangaben im jeweiligen Land auf ein Minimalniveau bringen, stellt natürlich die
1440 Steuerbehörden vor immense Herausforderungen, die kaum bewältigt werden können.
1441 Teilweise unserer Meinung nach jedoch schon. Baut Amazon im Umland eine neue
1442 Auslieferungshalle, so kann der spezifische Gewinn der Einzeleinrichtung besser
1443 nachvollzogen werden. Das würde nicht alle verlorenen Steuern ausgleichen, wäre aber ein
1444 Schritt in die richtige Richtung. Die extremeren Maßnahmen Großkonzerne zu zerschlagen
1445 halten wir in diesem Kontext für ineffektiv. Stattdessen muss anderen, weniger
1446 markteingreifenden Ansätzen nachgegangen werden.

1447 • Wir fordern den Aufbau europäischer Konkurrenten gegenüber den großen
1448 Konzernen auf dem Weltmarkt, die nicht nur im Nischengeschäft tätig sind. Dies
1449 könnte durch branchenspezifische Steuerbegünstigungen der Gewerbesteuer
1450 geschehen.

1451 Neben dem Einfordern von Steuern großer Unternehmen muss in einem konkurrierenden
1452 Marktsystem ein angemessener Wettbewerb bestehen. Die Marktbeherrschung führt nämlich
1453 auch zwingend zu einem Einfluss auf die Gesetzgebung der EU, wo beispielsweise mit
1454 Abwanderung gedroht werden kann. Durch die Förderung des Unternehmertums generell,
1455 aber vor allem von Unternehmenskonzepten, die eine potenzielle Konkurrenz zu den
1456 Großkonzernen darstellen.

1457 • Wir fordern die größere Förderung von Forschung und Innovation auf nationaler und
1458 europäischer Ebene. Hierzu könnten beispielsweise Digitalcampusse wie
1459 „Hammerbrooklyn“ etabliert werden.

1460 Hammer Brooklyn solle laut Henning Vöpel, Chef des Hamburgischen
1461 Weltwirtschaftsinstituts, „Brücken bauen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft, großen
1462 Unternehmen und Start-ups, Politik und Gesellschaft, Hamburg und der Welt sowie zwischen
1463 Gegenwart und Zukunft“.

1464

1465 **Leitzins und Hauptrefinanzierungssatz**

1466 Wirtschaftlicher Kern der EU ist die Europäische Zentralbank (EZB).

1467 • Wir fordern einen festgelegten Länder-Finanzausgleich, der den zehn wirtschaftlich
1468 schwächsten Mitgliedsstaaten einen bestimmten Prozentsatz des Haushalts
1469 zuspricht.

1470

1471 • Wir fordern, dass nicht unbedingt nötige Investitionen reduziert werden und die
1472 Zinsen dabei unter der Inflationsrate gehalten werden, um den immensen
1473 Schuldenzuwachs von zum Beispiel Italien zu begegnen.

1474 Trotz gesamtwirtschaftlicher Stärke ist vor allem ein größerer Teil der Südstaaten von einer
1475 rezessiven Wirtschaft geprägt. Zwar besteht durch das Prinzip der größten Nettozahler und
1476 der größten Nettonehmer schon eine Art Finanzausgleich, wir wollen die Werte allerdings
1477 jährlich neu festigen, um eine klare Gelddistribution hervorzurufen. Denn Transparenz im
1478 Haushalt und in anderen Investitionen muss gegeben sein. Eine weitere Möglichkeit wäre
1479 ursprünglich der Ausstieg aus dem Euro für die betreffenden Südstaaten gewesen. Durch die
1480 Abwertung der eigenen Währung könnten damit eigenen Schulden verringert werden.
1481 Investitionen müssten niedrig gehalten werden und während des Sparens darf nur ein
1482 begrenzter Import und Export stattfinden. Durch die sinkenden Löhne würden dann Produkte
1483 billiger, was sich wiederum als attraktiv für Firmen herausstellen würde und zudem die
1484 preisliche Wettbewerbsfähigkeit steigert. Auch wenn das zunächst in der Theorie plausibel
1485 erscheint, würde es sich dabei eher um eine kurzfristige Lösung handeln. Langfristig muss
1486 bedacht werden, dass der Euro, beziehungsweise die Eurozone, eine wirtschaftliche Basis
1487 bilden. Insbesondere ist aber auch der immaterielle Wert einer gemeinsamen Währung, vor
1488 allem bei steigenden Zweifeln über den Verbleib in der EU von einigen Mitgliedsstaaten,
1489 nicht zu unterschätzen und könnte das symbolische Ende der uns bekannten EU einläuten.
1490 Aus diesen Gründen haben wir direktpolitische Forderungen gestellt.

1491

1492 **Auswirkungen des Brexits**

1493 2015 wurde durch ein Wahlversprechen David Camerons durch ein Plebiszit innerhalb
1494 Großbritanniens der Austritt aus der EU beschlossen, dessen Prozess seitdem unter dem
1495 Namen des „Brexit“ steht. Nach einem gescheiterten Brexit-Deal mit Theresa May hat sich
1496 nach ihrem Rücktritt die politische Landschaft mit dem neuen Premier-Minister Boris
1497 Johnson verändert. Dieser ist ein starker Brexit-Befürworter und würde seiner Aussage nach
1498 auch den Austritt ohne Deal vollziehen. Dass natürlich der Austritt ohne Deal, aber trotzdem
1499 auch der Austritt an sich erhebliche wirtschaftliche und stimmungsgebende Folgen hat, ist
1500 gegeben. Aus wirtschaftlicher Sicht sind die Folgen aber besonders unbestimmt: So könnte
1501 ein unregelmäßiger Austritt 90 Milliarden Euro²⁵ kosten und viele Unternehmen halten sich mit
1502 Investitionen und Standortentscheidungen zurück. Auch die Auswirkungen auf britische
1503 Pfund als Währung und der Außenhandel sind bereits jetzt schon prägnant. Im Vergleich
1504 zwischen 2018 und 2015 verlor die Währung allein 18%⁴ und der Deutsch-Britische
1505 Außenhandel verringerte sich im selben Zeitraum um 7,8%⁴. Der Haushalt der EU wird
1506 ebenfalls neu gedacht werden, da Großbritannien als 2. Größter Nettozahler wöchentlich 160
1507 Millionen Pfund²⁶ zahlt, und damit für 6% des EU-Budget verantwortlich ist.

- 1508
- Wir fordern, dass bei Durchführung des Brexits die Grenzen zwischen Nord-Irland
1509 und der Republik Irland offenbleiben und stattdessen die Grenzen und somit auch der
1510 Zoll zwischen Irland und dem Rest Großbritanniens festgelegt werden.

²⁵ IWD; Anstehender Brexit bremst den Warenhandel: https://www.iwd.de/artikel/anstehender-brexit-bremst-den-warenhandel-437629/?pk_campaign=4-09-AKT-Brexit-Warenhandel&pk_kwd=brexit-warenhandel&gclid=EAlaIqobChMI1-r9zN_X5AIV2OJ3Ch1L-g3gEAAYASAAEgKoH_D_BwE (19.09.2019, 10:07 Uhr)

²⁶ Handelsblatt; Brexit 2019 – das sind die Brexit-Folgen für Großbritannien, Deutschland und die EU: <https://www.handelsblatt.com/politik/international/brexit-2019-das-sind-die-brexit-folgen-fuer-grossbritannien-deutschland-und-die-eu/24129260.html?ticket=ST-5859570-cttL51wOfcbRiCpyGieD-ap3> (19.09.2019, 10:14 Uhr)

1511 Neben den reinwirtschaftlichen Folgen droht auch der Nord-Irland-Konflikt wieder neu zu
1512 entfachen, nachdem die Lage auch vor dem Brexit bereits als instabil galt. Da es hier um
1513 eine ernstzunehmende Sicherheitsbedrohung handelt ist dieser Punkt am schnellsten und
1514 dringendsten zu regeln.

- 1515 • Wir fordern, dass bei Durchführung des Brexits Großbritannien über ein bereits
1516 beschriebenes erweitertes Handelsabkommen, welches Großbritannien als nicht-EU-
1517 Staat handhabt, die eingeschränkte Teilnahme am Binnenmarkt ermöglicht.

1518 Es ist gegeben, dass bei Durchführung des Brexits Großbritannien nicht mehr vollständiger
1519 Teil des Binnenmarkts sein kann. Um aber Handelsbeziehungen und insbesondere
1520 Arbeitsplätze aufrechtzuerhalten, ist eine Vermeidung von kompletter Handelsabspaltung
1521 nach Prinzip von anderen nicht-EU-Staaten anzustreben. Dabei geht es unter anderem um
1522 ein gesundheitspolitisches Problem. Der Zugang zu bestimmten Medikamenten wird stark
1523 eingeschränkt sein. Der Handel von pharmazeutischen Mitteln stagnierte 2018 bereits um
1524 41,5%⁴.

1525

1526 **Umweltpolitik**

1527

- 1528 • Als erste Maßnahme, um den Umweltschutz zu unterstützen, fordern wir, dass ein
1529 prozentualer Anteil des jährlichen Bruttoinlandsproduktes in schützende Maßnahmen
1530 der Umwelt investiert wird.
- 1531 • Wir fordern des Weiteren eine „Zusatzsteuer“, welche bei unterdurchschnittlichen
1532 CO₂ - und Energieeffizienzwerten anfällt.
- 1533 • Wir fordern, dass die EU das “Freikaufen” von erhöhtem CO₂ Ausstoß unterbinden
1534 beziehungsweise unmöglich macht. Denn ab 2020 sollen alle neu zugelassenen
1535 Pkws in der EU im Schnitt maximal 95g CO₂/km ausstoßen. Sollte dieser Wert jedoch
1536 überschritten werden, ist es möglich eine gewisse Strafe als Ausgleich für den
1537 erhöhten Ausstoß zu zahlen.

1540

1541 Gerade für den großen Industriestandort Hamburg ist es wichtig, dass man auf eine
1542 nachhaltige und umweltfreundliche Entwicklung setzt. Da in Hamburg viele Akteure und nicht
1543 zuletzt auch der Hamburger Hafen sehr von diesem großen Industrieraum profitieren, erlangt
1544 dieses Bestreben besondere Wichtigkeit. Aus diesem Grund sollte man vor allem
1545 Unternehmen, die sich neu in Hamburg ansiedeln wollen nach ökologischen Kriterien
1546 auswählen. Aus diesem Grund setzen wir uns dafür ein, EU-weite Auszeichnungen zu
1547 schaffen für emissionsarme und energieeffiziente Unternehmen. Diese Auszeichnungen
1548 verschaffen den Unternehmen dann bspw. Steuervorteile in Hamburg und anderen
1549 Industriegebieten und sorgen gleichzeitig für die angestrebte nachhaltige Entwicklung im
1550 Hamburger Industrieraum.

1551 Für Hamburg explizit soll ein weicher Standortfaktor geschaffen werden, da Unternehmen,
1552 die diese Auszeichnung vorweisen, günstigere Grundstückspreise, Steuervorteile etc.
1553 erhalten.

1554

1555 • Wir fordern EU-weite Auszeichnungen zu schaffen für emissionsarme und
1556 energieeffiziente Unternehmen.

1557 Diese Auszeichnungen verschaffen den Unternehmen dann bspw. Steuervorteile in
1558 Hamburg und anderen Industriegebieten und sorgen gleichzeitig für die angestrebte
1559 nachhaltige Entwicklung im Hamburger Industrieraum.

1560 Dadurch ergibt sich der Ausbau des Weiteren Standortfaktors, da Unternehmen, die diese
1561 Auszeichnung vorweisen, günstigere Grundstückspreise, Steuervorteile etc. erhalten.

1562 • Wir fordern Städtepartnerschaften mit anderen „klimafreundlichen“ Städten.

1563 Mögliche Vorteile für die Partnerstädte sind:

- 1564 ○ Gegenseitiger Anreiz etwas zu verbessern durch gemeinsame Klimaziele
- 1565 ○ Vorteile bei Unternehmensansiedlung im Ausland
- 1566 ○ Planung direkter Bahnschnellverbindungen als Anreiz, um den Flugverkehr zu
1567 begrenzen.

1568

1569 • Wir fordern ein härteres Plastikverbot Das in 2020 eintretende Plastikverbot ist ein
1570 guter Anfang, jedoch nicht ausreichend. Bspw. Sollten für Obst und Gemüse keine
1571 Plastikverpackungen mehr erlaubt sein oder Süßigkeiten und andere Lebensmittel
1572 tendenziell in umweltfreundlicheren Verpackungen verkauft werden, bzw. die
1573 Verpackung vermindert wird.

1574 • Wir fordern eine Ausweitung des Feuerwerksverbotes bzw. eine größere
1575 Einschränkung für den privaten Gebrauch.

1576 Bei der Beschränkung des Feuerwerks auf öffentliche Veranstaltungen kann der verursachte
1577 „Ausstoß“ von vielen Menschen geteilt werden, anstatt das Einzelpersonen in der Summe
1578 den „Ausstoß“ erheblich erhöhen.

1579

1580

1581

1582 Außenpolitik

1583 Eintrittspolitik der EU | Wertegemeinschaft, Schutzgemeinschaft, 1584 Wirtschaftsgemeinschaft

1585 Einer der ersten Sätze, die man in Vorträgen und Präsentationen über die Europäische
1586 Union hört, lautet: "Die EU ist eine Wertegemeinschaft." Meist wird dieser Hinweis gegeben,
1587 um dem Vorurteil, die Europäische Union sei nur ein kalter Wirtschaftsverbund,
1588 entgegenzutreten.⁴³²⁷

1589 Eine 2010 von der europäischen Kommission durchgeführte Eurobarometer-Umfrage
1590 widmete sich der Europäischen Union (EU) als Wertegemeinschaft. Die befragten Bürger
1591 nannten Menschenrechte und Demokratie gleichzeitig als die Werte, die die EU am besten
1592 repräsentieren.

1593 Werte wie die Menschenrechte und Demokratie sollte dem nach einer zentralen Rolle in der
1594 Eintrittspolitik spielen.

²⁷ Eckhart D. Stratenschulte, Die Werteordnung der EU und ihre Grundlage: Eine klare Sache?

1595

1596 **Waffenexporte**

- 1597 • Wir fordern die Einführung eines EU-weiten Waffenexportregisters in Weiterführung
1598 des Gemeinsamen Standpunktes 2008/944/GASP des Rates der Europäischen
1599 Gemeinschaften vom 08.12.2008 betreffend gemeinsame Regeln für die Kontrolle
1600 der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern.

1601 Nachdem die Vereinten Nationen (UN) bereits im Jahre 1991 durch die Resolution 46/36 L
1602 ein internationales Waffenregister zur Dokumentation des weltweiten Handels mit
1603 Großkampfsystemen beschlossen und anschließend realisiert haben, ist es nach Auffassung
1604 der Teilnehmer zwingend erforderlich, dass auch ein EU-weites Register zur Dokumentation
1605 des EU-weiten Handels nicht nur von Großkampfsystemen, sondern jeglichen Handels mit
1606 Rüstungsgütern aller Art eingerichtet werden muss. Die (derzeitigen) EU-Mitgliedsstaaten
1607 Großbritannien, Frankreich, Italien und Deutschland gehören zu den zehn größten
1608 Waffenexporteuren weltweit und tragen durch ihre Exporte in den Nahen und Mittleren Osten
1609 maßgeblich zur Destabilisierung dieser Krisenregionen bei, bspw. durch massive
1610 Lieferungen an das in den Jemen-Konflikt involvierte Königreich Saudi-Arabien. Aber auch
1611 Exporte von Handfeuerwaffen, z.B. durch das schl.-holst. Rüstungsunternehmen Sig Sauer
1612 nach Mexiko und Kolumbien und die darauffolgende (ungesetzliche) Weitergabe dieser
1613 Waffen an kriminelle Banden der mexikanischen Drogenhändlerkartelle haben gezeigt, dass
1614 eine bis ins Detail gehende Dokumentation jeglicher europ. Waffenexportaktivitäten
1615 zwingend geboten ist und zugleich ein erster Schritt zum vollständigen Verbot des
1616 außereuropäischen Waffenexports sein könnte, dem selbstverständlich weitere folgen
1617 müssten. Auch der oftmals postulierte volkswirtschaftliche Vorteil, der durch eine hohe
1618 Exportrate von Waffen außerhalb angeblich erzielt wird, ist ein imaginärer. Die Ersparnisse,
1619 die durch eine mögliche Senkung der Produktionskosten der Rüstungsgüter erzielt wird,
1620 steht nicht im Verhältnis zu den Kosten, die auf diese Exportländer durch Krieg und
1621 Konflikten zukommen.

1622 Die Die EU hat die Aufgabe, den Frieden in der Welt zu unterstützen bzw. erst einmal zu
1623 schaffen, nicht aber, ihn durch Rüstungsexporte zu unterminieren und damit zu gefährden.

1624 **Städtepartnerschaften der Freien und Hansestadt Hamburg:**

1625 Die Stadt Hamburg hat mit neun verschiedenen Städten innerhalb, wie auch außerhalb der
1626 EU Partnerschaften. Hier nenne ich drei: Chicago, Osaka und Prag. Wir gehen auf zwei
1627 Städtepartnerschaften ein. Die Partnerschaft mit der Stadt Chicago besteht seit dem Jahr
1628 1993 und zurzeit finden jährlich Schüleraustausche und Länderübergreifende
1629 Unterrichtsthemen in verschiedenen Schulen statt.

1630 Die Städtepartnerschaft mit der japanischen Stadt Osaka besteht seit 1989. Hier wurde zum
1631 20.-jährigem Jubiläum das Kirschblütenfest in Hamburg gefeiert. Aber auch die
1632 Handballmannschaften der beiden Städte führen Begegnungen im jährlichen Wechsel der
1633 Stadt aus. Zudem werden noch Redewettbewerbe und Halbmarathone durchgeführt. Doch
1634 als „Normaler Bürger“ kann man die Städtepartnerschaften kaum erleben.

- 1635 • Zur Stärkung des Globalen Denkens fordern wir von der Stadt, dass regelmäßige
1636 (z.B. Jährliche) Straßenfeste oder ähnliches durchgeführt werden, in denen die
1637 Bürger unserer Stadt die Partnerstädte durch kulturelle Attraktionen wie
1638 Nationalgerichte, Gebräuche und Ähnliches kennen lernen können.

1639

1640 **Seenotrettung**

1641 Reform der SOLAS: Die SOLAS1 regelt international den Umgang mit Menschen in Seenot.
1642 Im Falle der Rettung von Menschen in Seenot sind die Retter*innen dazu verpflichtet, diese
1643 an einen „sicheren Ort“ zu bringen. Dieser „sichere Ort“ wird jedoch im Rahmen der SOLAS
1644 nichtweiter spezifiziert. Die SAR2 Konvention definiert den Begriff näher: „Ein sicherer Ort
1645 (...) ist ein Ort, an dem die Rettungsmaßnahmen als beendet angesehen werde. Es ist auch
1646 ein Ort, an dem das Leben des Überlebenden nicht mehr weiter in Gefahr ist und an dem
1647 ihre menschlichen Grundbedürfnisse (...) gedeckt werden können. Es ist weiter ein Ort, von
1648 dem aus Vorkehrungen für den Transport der Überlebenden zu ihrem nächsten oder
1649 endgültigen Bestimmungsort getroffen werden können.“Doch auch diese Definition reicht
1650 nicht. Es ist nicht geklärt, wo genau dieser Ort liegenmuss, oder was dazu führt, dass
1651 umliegende Staaten nicht verpflichtet sind, die Geretteten an Land gehen zu lassen.
1652 Deshalb fordert der Ausschuss Europa eine Ergänzung jener Definition, sodass Gerettete
1653 fortan an den „naheliegendsten sicheren Ort“ zu bringen sind.

- 1654 • Wir fordern, dass Deutschland und insbesondere Hamburg eine Vorreiterrolle im
1655 Bereich der Seenotrettung einnehmen. Spezifisch soll das heißen, dass genauer
1656 geprüft wird, welche Möglichkeiten bestehen, unserer humanitären Verpflichtung im
1657 Mittelmeerraumnachzukommen und Maßnahmen zu ergreifen, so beispielsweise die
1658 Entsendung eigener Rettungsmissionen oder die Förderung privater Initiativen.
1659
- 1660 • Des Weiteren fordern wir, dass sich Deutschland verstärkt dafür einsetzt, dass im
1661 Rahmen der EUNAVFOR MED4 Operation SOPHIA wieder Schiffe zur Rettung von
1662 Menschen in Seenot in den Mittelmeerraum geschickt werden.

1663

1664

1665 **Soziokulturelles**

1666 Der soziokulturelle Unterausschuss des Europaausschusses beschäftigte sich mit unserer
1667 Meinung nach aktuellen europäischen Problemen im Bereich Soziokultur und versuchte
1668 mögliche Lösungsansätze aufzuzeigen.

1669 Grundlegende Klarstellungen: Der Europa-Ausschuss versteht, dass...

- 1670 • ...eine Verstärkung des Rechtsrucks existiert,
- 1671 • ...Medieninformation nicht transparent sind,
- 1672 • ...nicht alle Länder in der EU Meinungs-/ Pressefreiheit haben,
- 1673 • ...EU-Staaten nicht völlig kooperieren,
- 1674 • ...Schüler in der Politik nicht stark genug engagiert sind,

1675

1676 **Standards in der EU anpassen**

- 1677 • Wir fordern härtere Sanktionen gegen Länder, die keine oder wenig Meinungs- oder
1678 Pressefreiheit haben. Durch beispielsweise Vertragsverletzungsverfahren und
1679 diplomatische Methoden.

1680

- 1681 • Wir fordern einen verstärkten Austausch zwischen allen EU-Staaten. Das beinhaltet
1682 wirtschaftliche und ökonomische Themen, sodass einheitliche Richtlinien entstehen.
1683 Dem folgt die Einführung eines europäischen Grundgesetzes.
1684

1685 **Politische Bildung**

- 1686 • Wir fordern einen verpflichtenden Politikunterricht. Dazu reiht sich beispielsweise eine
1687 Pflichtfahrt nach Berlin, die Thematisierung von Jugend im Parlament, die
1688 Alterssenkung bei europäischen Planspielen auf 16 Jahre sowie abschließend
1689 Podiumsdiskussionen mit Politikern auch außerhalb der Wahlkampfzeiten.
1690

1691 **Rechtsruck auch im Zusammenhang mit Medien**

1692 Allgemein herrscht der Wunsch nach Veränderung, dies führt zu einer Unzufriedenheit bei
1693 den Themen "Migration und Integration". Rechtspopulistische Parteien gewinnen durch
1694 konsequente, provokante Aussagen und Forderungen die Wählerschaft für sich. Diesem
1695 Trend soll entgegengewirkt werden.

- 1696 • Wir fordern, dass Parteien ihre persönlichen Erfolge vermehrt durch Soziale Medien
1697 kommunizieren. Es muss klar und in einfachen Worten dargestellt werden, welche
1698 Erfolge erzielt wurden. Dies kann beispielsweise auf Werbetafeln in U- und S-Bahn
1699 und Busstationen erfolgen.

1700

1701 **Philosophie der Parteien**

1702 Generell empfehlen wir als Europa-Ausschuss den Parteien, dass sie ihre Ziele und Erfolge
1703 in klare Strukturen und in einer verständlichen Sprache darstellen. Dabei ist vor allem der
1704 Auftritt in sozialen Medien essenziell und die Wählerschaft sollte mit Schlüsselbegriffen kurz
1705 und bündig über die Werte der Parteien informiert werden.

- 1706 • Wir fordern, dass sich die EU mehr dafür einsetzt, dass größere Akzeptanz und
1707 Publizität für politische Veranstaltung bei Bildungseinrichtungen in den
1708 Mitgliedsstaaten geschaffen wird. So beispielsweise die Erlaubnis zur Teilnahme an
1709 dem Format Jugend im Parlament.

1710 Dem politischen Interesse und Engagement von jungen Menschen sollte die
1711 Bildungseinrichtung nicht im Wege stehen.

- 1712 • Wir fordern, dass Planspiele über die EU flächendeckend in den Mitgliedsstaaten in
1713 ein für die Schülerinnen und Schüler obligatorisches schulinternes Format gebracht
1714 werden.

1715 Auch jungen Menschen, die bisher kein Zugang zur Politik gefunden haben, soll die
1716 politische Landschaft nähergebracht werden.

1717

1718 **Quellen**

1719 Wir bedanken uns herzlich bei den folgenden Politikern für die angeregten Diskussionen und
1720 Informationen:

- 1721
- 1722 • Meyer, Jens FDP
- 1723 • Yilmaz, Mehmet
- 1724 • Stoberock, Tim SPD
- 1725 • Dolzer, Martin Die Linke
- 1726 • Nledmers, Ralf CDU
- 1727 • Schumacher, Sören SPD
- 1728 • Lohmann, Uwe SPD
- 1729 • Schwinke, Karl SPD
- 1730 • Westenberger, Michael CDU

1731

1732 Der Europa-Ausschuss

1733

1734

1735

1736

1737

1738

1739